

**Alphabet
S wie
Solidarwirtschaft**

Die Solidarwirtschaft ist eine andere Form des Unternehmens. Der Begriff selbst beinhaltet bereits den kritischen Blick auf das derzeit geltende Wirtschaftssystem und die Absicht, den Menschen in einen humaneren Zusammenhang zu stellen. So folgt Solidarökonomie einer anderen Logik als die profitorientierte dominante Ökonomie. Sie hat ein anderes Menschenbild und eine andere Vorstellung von Wirtschaft und Gesellschaft, sie folgt anderen Koordinationsprinzipien und Handlungsweisen und zielt auf ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften. Die Wirtschaft muss sich den Bedürfnissen des Menschen anpassen; der Mensch darf nicht in den Dienst eines Systems geraten, das Entwicklung und Wohlstand zu jedem Preis fordert. Dieser Anspruch ist Maßstab für die gesamte Wertschöpfung und Gewinnverwendung. Denn nicht die Gewinnorientierung ist der Punkt, sondern die Frage, wie Gewinne erzielt und wie sie verwendet werden.

Objectif Plein Emploi asbl.

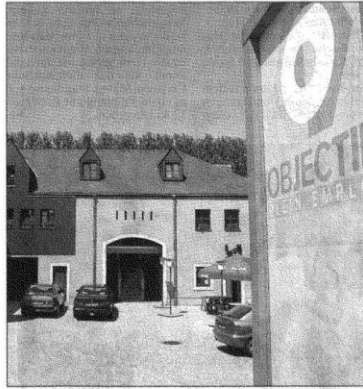
Solidarwirtschaft à la luxembourgeoise

Seit den späten 90er Jahren hat OPE eine absolute Vorreiterrolle im Bereich der Solidarwirtschaft in Luxemburg übernommen. Ziel von OPE ist die Umsetzung gemeinnütziger Projekte zur nachhaltigen lokalen Entwicklung sowie die dauerhafte Schaffung von Arbeitsplätzen.

Mit seinen rund 30 CIG (Centre d'initiative et de gestion / Initiativ- und Verwaltungszentrum) operiert OPE als landesweites Netzwerk, das es sich zur Hauptaufgabe gesetzt hat, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern sowie die soziale Integration und die Chancengleichheit zwischen Mann und Frau zu fördern. Die knapp 700 Angestellten und 400 ehrenamtlichen Mitarbeiter des Netzwerks arbeiten an Projekten, die ansonsten nicht realisiert werden würden. I.d.R. handelt es sich hierbei um Arbeiten, die zum Wohle der Allgemeinheit durchgeführt werden.

**Breitgefächertes
Interventionsspektrum**

So haben sich im Laufe der Zeit viele Bereiche herauskristalliert, in denen das OPE mit seinen Mitarbeitern für die Luxem-



Der Sitz des OPE in Schifflingen in den Gebäuden der Bestgenmühle

sichtigung der Lebensqualität heutiger und zukünftiger Generationen in die Tat umgesetzt.

**Gesellschaftsveränderndes
Modell**

Das von den OPE-Mitarbeitern gelebte solidarwirtschaftliche Modell plädiert für Gerechtigkeit, Toleranz, Respekt, Demokratie und gegenseitige Unterstützung. Es trägt dazu bei, dass jeder Mensch den Platz in der Gesellschaft einnimmt, den er ausfüllen kann. Dies bedeutet aber auch, dass die Gesellschaft sich die Flexibilität zugestehen muss, sich stetig den aktuellen Begebenheiten anzupassen, d.h. starr, festgefahrene Gefüge müssen aufgebrochen und integriert werden. Dies führt langfristig dazu, dass die Menschen sich solidarischer gegenüber stehen, aber auch dass jeder in der Lage ist, mehr Verantwortung für sich und seine Umgebung zu übernehmen und somit tagtäglich zum Wohlstand und Wachstum der Gesellschaft beiträgt.

→ Institut européen de l'économie solidaire,
1, rue du Moulin
L-3857 Schifflange
Tél: 53 04 45 0
Fax: 53 04 45 510
www.oep.lu

burger Gesellschaft eine wertvolle Unterstützung bieten kann: Umwelt- und Urbanismus-Entwicklung von Nachbarschaftsdiensten, neue Informations- und Kommunikationstechnologien, Tourismus und Kultur. Gesund-

heitskultur, Erziehung und Weiterbildung. Hierbei wird auf die Nachhaltigkeit der Projekte großen Wert gelegt, d.h. auf Projekte, die von mittel- bis langfristiger Dauer sind. Sie werden unter Berücksichtigung

**INEES und Edipress
Kooperation im Dienste eines europäischen Sozialmodells**

Das Institut für angewandte Forschung im Bereich der Solidarwirtschaft (INEES – Institut européen de l'économie solidaire) wurde 1998 von Objectif Plein Emploi (OPE) und anderen europäischen Partnern ins Leben gerufen, um an Konzepten zur Umsetzung der Solidarwirtschaft zu arbeiten und diese in Europa zu propagieren (siehe hierzu auch nebenstehendes Interview mit dem Präsidenten und Mitbegründer von INEES, Romain Biever). INEES hat seinen Sitz in Schifflingen in den Gebäuden der Bestgenmühle, von denen aus auch OPE seit vielen Jahren seine Geschicke lenkt. Der Verwaltungsrat von INEES ist zusammengesetzt aus Mitgliedern von führenden Universitäten und Fachhochschulen (Nancy, St. Etienne, Valenciennes, München, Basel ...). Ergänzt wird die Struktur durch ein sich derzeit noch im Aufbau befindliches wissenschaftliches Begleitkomitee, mit u.a. Vertretern von OECD-LEED, dem Stätec oder dem Centre de recherche public Henri Tudor.

Auch wenn das Dossier der Solidarwirtschaft dem Familienministerium anhänglich ist, so erhält INEES derzeit vornehmlich Unterstützung durch das Ministerium für Arbeit und Beschäftigung und das Wirtschaftsministerium.

Erste Gespräche mit der Universität Luxemburg haben bereits stattgefunden und eine Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen wurde besprochen.

Nach mehreren Jahren akademischer Tätigkeit auf europäischem Experteniveau haben die INEES-Verantwortlichen Anfang des Jahres beschlossen, ihre Aktivität auszubauen und gezielt die Nähe zum breiten Publikum zu suchen.

Dies ist u.a. eine direkte Reaktion auf die Luxemburger Regierungserklärung von 2004, die die Einführung eines „dritten ökonomischen Pfeilers“ vorsieht, eine Rolle, die die Solidarwirtschaft in vorbildlichem Maße zu erfüllen in der Lage ist.

**Solidarwirtschaft leben
und fördern**

So entstand die Kooperation mit Edipress, die sich als Mediapartner von INEES dazu bereit erklärt haben, ihre Leserschaft regelmäßig über die Entwicklungen und Neuerungen im Bereich der Solidarwirtschaft zu informieren.

Es gilt, auf der einen Seite die europaweite Tätigkeit von INEES im Bereich der angewandten Forschung einzubringen, und auf der anderen Seite die erarbeiteten Konzepte über das Netzwerk OPE in die Luxemburger nationale Politikgestaltung einfließen zu lassen, dies zum Schaffen eines neuen Bewusstseins für die Gestaltung des Europäischen Sozialmodells.

Damit in Zukunft jeder und jede sich im Rahmen seiner Möglichkeiten in unsere Gesellschaft einbringen kann.

AGENDA

23.06.2006 - Journées du GRIL. Communiquer l'utopie: Comment promouvoir l'économie solidaire au niveau local, national ou international? Roanne, France

27.06.2006 - Microcrédit social au Luxembourg 14.00 h - 17.30 h, Citim, Luxembourg

Interview mit Romain Biever, Mitbegründer und Präsident von INEES

„Erste Türen wurden geöffnet“

Texte auf dieser Seite:
Objectif Plein Emploi

Herr Biever, was hat zu der Gründung von INEES geführt?

Romain Biever: „Unser derzeitiges Wirtschaftssystem ist nicht in der Lage, mit seiner klassischen Aufteilung zwischen privatem 1. Sektor und staatlichem 2. Sektor die Bedürfnisse der Gesellschaft adäquat zu befriedigen. Bereits seit Jahrzehnten wird versucht, die Solidarwirtschaft als 3. wirtschaftlichen Sektor zu etablieren. Europaweit gibt es die verschiedensten solidarwirtschaftlichen Initiativen, die beweisen, dass es möglich ist, anders und überaus erfolgreich zu wirtschaften. Nur leider fehlen weitestgehend nationale und europäische Anerkennung.“

Aus diesem Grund haben wir INEES gegründet: Damit es endlich eine organisierte europäische Struktur gibt, die sich für die Entwicklung eines kohärenten solidarwirtschaftlichen Konzepts einsetzt und die Belange der Solidarwirtschaft sowie ihre politische und wirtschaftliche Anerkennung vorantreibt.“

Welchen Nutzen kann Luxemburg daraus ziehen?

R. B.: „Auch in Luxemburg gibt es erfolgreiche solidarwirtschaftliche Unternehmungen. Auch diese leisten Tag für Tag wertvolle Arbeit und tragen zum Reichtum und zur Entwicklung unserer Gesellschaft bei. Doch müssen sie noch um eine breite Anerkennung kämpfen.“

Oftmals werden sie als „Beschäftigungsinitiative“ abgetan oder es wird ihnen „unlauterer Wettbewerb“ vorgeworfen. Hier können sie von der Lobbyarbeit von INEES profitieren und natürlich auch von der Plattform, die der Solidarwirtschaft im Tageblatt geboten wird: verbessertes Verständnis ihrer Tätigkeit in der breiten Öffentlichkeit und hoffentlich baldige – offizielle

Anerkennung der Solidarwirtschaft als 3. Sektor unseres Wirtschaftssystems.

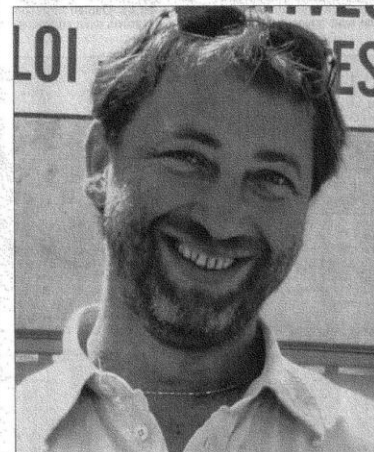
Der Nutzen für unser Land liegt auf der Hand: positiver Beschäftigungseffekt, erhöhte Kaufkraft, Anregung der Wirtschaft, erhöhter gesellschaftlicher Wohlstand und Reichtum, gesteigerte Lebensqualität.“

Bis wann hoffen Sie, erste konkrete Ziele zu erreichen?

R. B.: „Die Gespräche auf nationaler und europäischer Ebene gehen gut voran, erste Türen wurden geöffnet. Bestes Beispiel sind die „Journées des EcoSossies“, die am letzten Wochenende in Nan-

tes stattgefunden haben und auf denen Experten aus dem Bereich der Solidarwirtschaft aus ganz Europa vereint waren.“

Ich denke, dass wir in Luxemburg in den nächsten ein bis zwei Jahren mit konkreten Resultaten rechnen dürfen und dass dies positive Auswirkungen auf den europäischen Entscheidungsprozess haben wird. De facto ist die Solidarwirtschaft nicht mehr aus unserem wirtschaftlichen Umfeld wegzudenken, was ihr fehlt, ist die politische Willenserklärung, sie bedarfsentsprechend auszubauen und ihr den notwendigen legalen Rahmen zu geben.“



Romain Biever

Solidarwirtschaft: Alphabet

B wie Beschäftigungsinitiative

Das Wort „Beschäftigungsinitiative“ drückt den Versuch aus, jemandem mit einer Aktivität die Zeit zu vertreiben. Über Sinn und Zweck dieser Maßnahme, den Erfolg oder die Konsequenzen liefert dieser Ausdruck keine Auskunft, doch weckt er in einem das Gefühl des vorübergehenden „Parkens“, ähnlich einer Spielwiese, auf der gewisse „Subjekte“ sich aufhalten dürfen, während die „Erwachsenen“ sinnvolle Arbeit leisten.

Aus diesem Grund ist nicht nur der Begriff, sondern vor allem die ursprünglich dahinter versteckte Idee – nämlich das vorübergehende Beschäftigen von bedauernden Arbeitslosen, die nicht in den Arbeitsmarkt integrierbar sind, bis diese die notwendigen Anstrengungen unternommen haben, doch wieder arbeitsmarktkonform zu sein, – nicht nur im deutschsprachigen Ausland in Verfall geraten.

Nicht so in Luxemburg, wo dieser Ausdruck gerne und oft für alle Unternehmen benutzt wird, die einen Teil ihrer Belegschaft über die ADEM beziehen und teilweise durch den so genannten Beschäftigungsfonds finanziert werden.

Nur, solidarwirtschaftliche Unternehmen beschäftigen nicht des Zeitvertreibs wegen, sondern zum Zwecke der Bedarfserfüllung.

Sie beschäftigen auch nicht ausschließlich ehemalige Arbeitslose, sondern jeden der Willens ist, entsprechend seiner Fähigkeiten zu arbeiten.

Warum also sie und jeder ihrer Mitarbeiter mit einer derart negativen Bezeichnung absteuern?

Die Textbeiträge auf dieser Seite sind unabhängig von der Tageblatt-Redaktion entstanden. Sie sind dem „Institut européen de l'économie solidaire“ (INES) zuzuschreiben.

Solidarwirtschaft

Synthese

Das „Dictionnaire de l'autre économie“ von Jean-Louis Laville ist die erste objektive Synthese des aktuellen Wissensstandes zum Thema Solidarwirtschaft mit interdisziplinären und internationalen Beiträgen.

Dieses Nachschlagewerk enthält rund 50 Definitionen von mehr oder minder solidarwirtschaftlichen Fachbegriffen wie „Nachhaltige Entwicklung“, „fairer Handel“, „Wirtschaftsethik“, „Utopie“ oder auch „Zivilgesellschaft“.

Es richtet sich in erster Linie an Experten, Wissenschaftler und Studenten, ist aber auch für jeden politisch Interessierten von Nutzen und liefert wertvollen Grundstoff für die Diskussion um ein neues europäisches Sozialmodell.

→ Dictionnaire de l'autre économie von Jean-Louis Laville und Antonio David Cattani, 2005 ISBN: 2-220-0534-5

Kampf für mehr Beschäftigung und soziale Integration

Lokale Entwicklung als Zugpferd



Das Escher CIGL-Team „Äre Velo – Eise Velo“ mit den zuständigen Gemeindeverantwortlichen

Will man die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpfen, so müssen alle verfügbaren Ressourcen mobilisiert werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass europäische oder nationale Strategien – wie jede zentrale geplante Politik – ohne die aktive Mitwirkung regionaler und lokaler Akteure nur bedingt zum Erfolg führen.

Getreu dem Subsidiaritätsprinzip ist die lokale Gemeinschaft am besten geeignet, nationale Strategien in konkrete, Erfolg versprechende Maßnahmen vor Ort umzusetzen. Sie kennt die lokalen Gegebenheiten, die Stärken und Schwächen, und ist so in der Lage, angepasste Lösungsansätze zu erarbeiten.

Soziale Integration fördert Arbeit

Arbeitslosigkeit führt zur sozialen Ausgrenzung. Hiervon sind

jedoch nicht nur Arbeitslose oder unzureichend qualifizierte Arbeitskräfte betroffen, sondern sehr oft auch ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung. Diese Gruppen werden in zunehmendem Maße marginalisiert und von der Gesellschaft ausgeschlossen, was letztendlich zur Auflösung der lokalen Gemeinschaft führt.

Die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und der Aushöhlung lokaler Gemeinschaften beinhaltet also viel mehr als nur die Bearbeitung des Arbeitsmarktes. Es geht auch um Wohnen, Bildung, Freizeit und Gesundheit, um die Stärkung von Demokratie, Chancengleichheit und sozialem Zusammenhalt.

Das solidarwirtschaftliche Konzept der lokalen Entwicklung verbindet diese wirtschaftlichen und sozialen Ziele. Es zielt darauf ab, den Lebensraum der Bevölkerung – unter Berücksichtigung ihrer Umwelt und ihrer Kultur – wieder zu einer attrakti-

ven Einheit zu gestalten, in der jeder seinen Platz hat.

Entscheidend hierbei ist die Mobilisierung aller auf lokaler Ebene vertretenen Gruppen. Nur ihr perfektes Zusammenspiel zum Zwecke des Allgemeinwohls kann den Weg zu einer erfolgreichen lokalen Entwicklung ebnen.

Drei Entwicklungsansätze

Solidarwirtschaftliche, lokale Entwicklungsprojekte setzen an drei Punkten an:

– Die Schaffung von Arbeitsplätzen, z.B. im Dienstleistungssektor (u.a. Nachbarschaftsdienste, Hausaufgabenhilfe, Kinderbetreuung) oder im Umweltbereich (u.a. Instandsetzung und Pflege lokaler Parks und Gehwege). Durch die konsequente Zusammenarbeit mit lokalen Händlern und Handwerkern werden gleichzeitig die lokalen Ressour-

cen optimal genutzt und den Bedürfnissen entsprechend ausgebaut.

– Die Organisation von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiter, um eine steigende berufliche und persönliche Weiterentwicklung der Arbeitnehmer zu gewährleisten.

– Die Integration von sozial Ausgeschlossenen, aufgrund der Zusammenführung aller Bevölkerungsgruppen, die auf lokalem Niveau vertreten sind, dies sowohl bei der Projektvorbereitung als auch während der Durchführung.

Letztendlich führen so die lokalen Entwicklungsprojekte zu einer substantiellen Erhöhung der Lebensqualität der Einwohner. Älteren Personen wird die Möglichkeit geboten – unter Wahrung ihrer Selbständigkeit und Selbstbestimmung –, so lange wie möglich in ihrem Zuhause zu bleiben.

Menschen ohne Arbeit bekommen eine Anstellung und somit eine Aufgabe, was sich nur positiv auf ihr Selbstvertrauen auswirken kann: der Lebensraum der gesamten Bevölkerung wird aufgewertet und angenehmer. Langfristig führt dies zu einem engeren Zusammenhalt der Gemeinschaft und einem intensiveren Austausch unter den Mitgliedern, also zu mehr Solidarität und Gleichberechtigung.



Nachbarschaftsdienst für ältere hilfsbedürftige Menschen: CIGL-Initiative „Handkesselchen“

CIGL Esch

Lokale Entwicklung für soziale Kohäsion und Wachstum

Das CIGL Esch wurde im Jahr 1997 als einer der ersten Vereine des Netzwerks Objectif Plein Emploi (OPE) gegründet. Es führt wird das CIGL Esch – wie alle Mitgliedsvereine von OPE – von einem Verwaltungsrat, der sich aus lokalen Vertretern aus Politik, Kultur und Gesellschaft zusammensetzt, sowie einer so genannten „Koordinationsstelle“, bestehend aus zwei Entwicklungs-, einem Verwaltungs- und einem technischen Beauftragten. Der Verwaltungsrat bestimmt die strategische Ausrichtung des CIGL Esch, die Beauftragten sind für die Entwicklung und Durchführung der lokalen Projekte verantwortlich.

Die Mitarbeiter des CIGL Esch, insgesamt 47 Personen, stammen größtenteils aus der Escher Umgebung.

Jeder einzelne durchläuft entsprechend seinem Posten, seinen Möglichkeiten und Interessen ein individualisiertes Aus- und

Weiterbildungsprogramm, das ihm die Gelegenheit gibt, seine beruflichen und persönlichen Stärken zu erkennen und zu fördern.

Für den Bürger und mit dem Bürger

Ziel des CIGL Esch mit seinen zahlreichen Teams ist es, die Lebensqualität der Escher Bürger und Bürgerinnen nachhaltig zu verbessern.

Die Projekte werden in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung ausgearbeitet und auf ihre spezifischen Bedürfnisse hin ausgerichtet. Sie decken die unterschiedlichsten Bereiche ab, angefangen beim Nachbarschaftsdienst „Den Handkesselchen“, der älteren und hilfsbedürftigen Personen kleinere Tätigkeiten im Haushalt und Garten abnimmt, über die blauen Fahrräder, die den Eschern täglich zur Verfü-

gung stehen, bis hin zur „Maison Rosati“, der abgelegenen Wanderhütte im „Schlassbësch“ – die Arbeit des CIGL Esch ist nicht mehr aus der Escher Realität wegzudenken.

Im Laufe seines knapp neun-jährigen Bestehens ist CIGL Esch stets neue Wege gegangen, zum Wohl der Bevölkerung und zum Zweck der Entwicklung der Gemeinde. Im Sinne konsequenter solidarwirtschaftlicher Entwicklung werden neue, unbefriedigte Bedürfnisse aufgedeckt, unzulängliche vorhandene Strukturen entsprechend ausgebaut und auch unangenehme Tätigkeiten nicht gescheut.

So werden beispielsweise die Autobahnseitenstreifen der A4 in der Escher Umgebung von einem Team des CIGL Esch in Stand gehalten. 1999 wurde in Esch eine der ersten „Internetstufen“ des Landes gegründet, mit dem Ziel der Bevölkerung die Sphäre der Bits und Bytes näher zu brin-

gen. Jung und Alt können hier nach Lust und Laune surfen oder auch Computerkurse besuchen.

Ebenso hat das CIGL Esch beschlossen, eine Kinderbetreuungsstätte im Quartier Brill zu eröffnen. Der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen ist weitaus größer als das Angebot, und auch wenn 14 ständige Plätze national nur einen Tropfen auf den heißen Stein sein mögen, so stellen sie lokal doch eine substantielle Verbesserung des Angebots dar.

Die Liste der Aktivitäten des CIGL Esch könnte beliebig fortgeführt werden, sie orientieren sich an den Belangen der Bevölkerung. Ihre Zielsetzung ist eindeutig: Arbeitsplätze schaffen und sozialen Zusammenhalt, Integration und Mitbestimmung fördern.

→ Siehe hierzu www.ciglesch.lu, www.unenutdiansiaforet.lu bzw. www.konschtkescht.lu

Italien
**Die sozialen
Genossenschaften**

In Italien ist der Sozialstaat nicht so stark ausgeprägt wie in Luxemburg oder Frankreich. Um ihren sozialen Bedürfnissen jedoch gerecht zu werden, haben die Bürger Eigeninitiativen ergriffen.

Seit den 80er Jahren entstanden so verschiedenste Projekte wie z.B. zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Verbesserung der Angebote im Bereich der Kinder- und Seniorenbetreuung oder auch zur Drogenbekämpfung oder Aidsaufklärung.

Der gesetzliche Rahmen für diese Initiativen wurde allerdings erst 1991 geschaffen (Gesetz 381): Sie wurden als so genannte „soziale Genossenschaften“ anerkannt. Der genossenschaftliche Status ist aus dem Grund interessant, weil er einen 100%ig demokratischen Betrieb ermöglicht. Darüber hinaus haben die Mitglieder unterschiedliche Rollen (Freiwillige, Gehaltsempfänger/Mitarbeiter, Geldgeber, Nutznießer, etc.) und der Großteil des Gewinns wird wieder in das eigene Unternehmen investiert.

**Spezifisches
Steuermodell**

Artikel 1 des Gesetzes sieht vor, dass die sozialen Genossenschaften im allgemeinen Interesse der Gemeinschaft handeln, im Sinne einer Förderung des Menschen/ Individuums und der sozialen Integration des Bürgers. Aus diesem Grund unterliegen sie auch einem spezifischen Steuermodell.

Die sozialen Genossenschaften werden in zwei Modelle unterteilt:

– Modell/Typ A: tätig im Sozial- und Gesundheitsbereich. Die gesetzlichen Bestimmungen sind hier relativ streng, was die potenziellen Mitarbeiter angeht. (Menschen mit Behinderung, Drogenabhängige, ehemalige Gefängnisinsassen, etc.)

– Modell/Typ B: tätig in allen Tätigkeitsbereichen. Hier ist vorzusehen, dass mindestens 30% der Gehaltsempfänger in Wiedererziehungsmassnahmen sind.

**Einige
Zahlen**

Es gibt 7.100 soziale Genossenschaften in Italien, die ein Drittel davon vom Typ B. Sie stellen ca. 223.000 Arbeitsplätze und schließen sich in Konsortien zusammen, um den sozialen und wirtschaftlichen Anforderungen besser gerecht zu werden. (Quelle: Pezzini - Concooperative in „L'economie sociale de A à Z“ HS N°22 d'Alternatives Economiques - Januar 2006)

Die führenden Genossenschaftsföderationen sind Mitglied im „Forum für den dritten Sektor“ (Terzo settore). Dieses mischt aktiv im zivilen und politischen Dialog mit und nimmt Stellung zu allen Gesetzesprojekten des sozialen Sektors. Eine Möglichkeit für Luxemburg?

copyright

Institut européen de l'«Economie solidaire» (INEES).

Unsere nächste der Solidarwirtschaft gewidmete Seite erscheint nach den Sommerferien am 20. September.

L'économie solidaire en Europe

Le piège des mots et des concepts



Anlässlich der Konferenz zur Solidarwirtschaft am 11. und 12. März 2005 in Luxemburg-Stadt: François Biltgen, Arbeitsminister; Anne David, Präsidentin des Ceadag und Mitglied der CEPS-CMAF; Samuel Thirion, Mitglied der Generaldirektion des Ausschusses für Soziale Kohäsion des europäischen Staatsrates; Jean-François Hoffelt, Direktor der Cebecoop und Mitglied des europäischen Wirtschafts- und Sozialrates; Francis Carpenter, Geschäftsführer des European Investment Fund.

L'économie solidaire a été conceptualisée en Europe, notamment par le socio-économiste français Jean-Louis Laville au milieu des années 90. Troisième secteur, tiers secteur, économie plurielle, nouvelle économie sociale, économie communautaire ... Tous ces concepts ont émergé dans des contextes sociaux et politiques différents suivant les pays.

Dans les pays de grande tradition d'économie sociale (France, Espagne ou Italie), l'économie solidaire (avec ses mouve-

ments de services de proximité, de commerce équitable, de finances éthiques, de consommation responsable ...) s'est développée en apportant un renouvellement des formes de solidarités (internationales, écologiques, inter-générationnelles ...).

Le tiers secteur avec son approche plus communautaire et des mouvements caritatifs très influents s'est plutôt imposé dans les pays anglo-saxons, mais aussi en Italie.

En Belgique se sont plutôt des entreprises sociales fortement axées sur l'inclusion sociale qui se sont développées en se référant

à une nouvelle économie sociale.

En Allemagne (voir interview Suzanne Elsen) on a préféré parler d'un „2^e marché du travail“ pour gérer les problématiques d'inclusion, et la notion d'économie sociale de marché fait plutôt référence à „l'ordolibéralisme“ et sa vision régulatrice très forte de l'organisation du bon fonctionnement d'un marché à concurrence libre et non faussée (qui inspire beaucoup les politiques de l'Union européenne aujourd'hui).

Dans les pays d'Europe centrale et orientale, on parle d'économie sociale en Pologne, mais

globalement c'est surtout autour du secteur associatif (non-profit) que des mouvements se développent pour palier aux carences des Etats qui sont passés d'un modèle très interventionniste à un modèle très libéral, le plus souvent faute de moyens.

Au Grand-Duché ceux qui se réfèrent à l'économie solidaire, le font dans une approche „d'émergence d'un 3^e pilier économique“.

Mais quelles que soient les références théoriques c'est bien à la promotion d'une société plus équitable et solidaire qu'aspirent ses partisans.

Prof. Dr. Suzanne Elsen im Interview

„Solidarwirtschaft hat ein anderes Menschenbild“

Ein Gespräch mit Prof. Dr. Suzanne Elsen, Fachhochschule München, über die Rolle und das Verständnis der Solidarwirtschaft in Deutschland

Inwieweit hat sich die Solidarökonomie in Deutschland etabliert?

Suzanne Elsen: „Der Begriff 'Solidarökonomie' ist in Deutschland derzeit kaum in Diskussion. Die Diskussion um den 'Dritten Sektor' oder 'Intermediären Sektor' findet sich in der Raumplanung der Sozialwirtschaft und neuerdings im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements. Stets ist jedoch soziales, eigentlich nie sozialökonomisches Handeln gemeint. Mehrere Experten in der Sozialpolitik und sozialökonomischen Tätigkeiten in Praxis, Lehre und Forschung versuchen, den Diskurs in die Öffentlichkeit zu bringen, doch er ist noch nicht praxis- oder politikwirksam.“

Auch sprechen die derzeit existierenden Strukturen in Deutschland eher gegen die Entwicklung eines solidarwirtschaftlichen Sektors.

Dies liegt unter anderem an:
– einem gesellschaftlichen Selbstverständnis, dem es derzeit noch an Selbstbewusstsein und innovativer Kraft fehlt;
– etatistischen Strukturen, in denen Gewerkschaften, Kammern, Wohlfahrtsverbände, Gen-

ossenschaften und Interessensverbände mit ihrem starken Einfluss die Evolution der Solidarökonomie eher bremsen als fördern;

– einer starken und einseitigen Marktorientierung und somit Orientierung an Großbetrieben, was zu einer mangelnden Identifikation mit solidarökonomischen Ideen führt, sowie

– einer mangelnden Kooperation der solidarwirtschaftlichen Initiativen untereinander.“

Was sind Ihrer Meinung nach die derzeit wichtigsten nationalen und internationalen Netzwerke für Solidarwirtschaft im deutschsprachigen Raum?

Suzanne Elsen: „Der europäische Masterstudiengang 'Gemeinwesenentwicklung und Lokale Ökonomie' mit Teilnehmern aus verschiedenen europäischen Ländern, die beginnen, an ihrem jeweiligen Platz das Feld der Solidarökonomie zu bestellen. (www.macd.fhm.edu);

– der Verein für soziale Ökonomie Basel, mit seinem Genossenschaftsnetz, seinem Institut und einer eigenen Alternativwährung (www.viavia.ch);

– die alternativen Strömungen, Projekte und politischen Aktivitäten des 'Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens' (www.genossenschaftsgedanke.de);

– das Münchener NordSüdForum mit seiner Bildungs- und Entwicklungsarbeit mit dem Fo-

kus fairer Konsum, fair Trade und Unterstützung von Alternativen in der einen Welt. Für mich das beste Beispiel von Solidarökonomie in der Weltgesellschaft (www.nordsuedforum.de).“

Unternehmen der Solidarökonomie weigern sich, den so genannten „Beschäftigungsinitiativen“ zugeordnet zu werden. Wie sehen Sie das?

Suzanne Elsen: „Ich teile diese Einschätzung. Solidarökonomie kann sich doch nicht als Durchlaufröhre zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung im 'ersten' Arbeitsmarkt verstehen.“

In Deutschland wird diese Art der Verwertung immer mehr zur Repression und Knebelung von Opfern des Arbeitsmarktes. Ganz klar: wir sind weder ein 'organischer Arbeitsmarkt' noch besteht unsere Rolle darin, 'Employability' herzustellen.

Solidarökonomie folgt einer anderen Logik als die profitorientierte dominante Ökonomie. Sie hat ein anderes Menschenbild und eine andere Vorstellung von Wirtschaft und Gesellschaft, sie folgt anderen Koordinationsprinzipien und Handlungsweisen und zielt auf ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften.

Dieser Anspruch ist Maßstab für die gesamte Wertschöpfung und Gewinnverwendung. Denn nicht die Gewinnorientierung ist der Punkt, sondern die Frage, wie Gewinne erzielt und wie sie ver-



Suzanne Elsen

wendet werden.

Auch wenn die real vorfindbaren Alternativen in Deutschland oder in anderen Industriestaaten nicht in allen Punkten diese Kriterien erfüllen, so müssen sie doch unsere Ziele sein, für deren Ermöglichung wir uns einsetzen müssen.“

→ **Das komplette Interview kann nachgelesen werden auf www.inees.org/newsletter.**

Für eine ganzheitliche Sicht der unternehmerischen Tätigkeit

Soziale Verantwortung zahlt sich aus

In den frühen Zeiten der Marktwirtschaft war das Unternehmertum einfach. Es genügte, interessante Produkte zu akzeptablen Preisen anzubieten. Käufer fanden sich immer. Sie ließen sich halten durch noch interessantere Produkte zu immer noch akzeptablen Preisen.

Heutzutage hängt Kundenbindung und Kundenzufriedenheit längst nicht mehr nur von der Produktpalette und der Preisstruktur ab. Der Kunde will mehr über das Unternehmen wissen, bei dem er kauft, über seine Werte, seine ethischen Grundsätze. Er erwartet Einsatz weit über das strikt marktwirtschaftliche Denken hinaus. Er will sich mit dem Unternehmen identifizieren können. Mit einem Unternehmen, das Verantwortung übernimmt für seine Mitarbeiter, seine Umgebung, die Umwelt.

Viele Unternehmen versuchen sich damit aus der Affäre zu ziehen, indem sie sich einmal pro Jahr für einen wohltätigen Zweck engagieren. Wahrhaft sozial verantwortungsbewusstes Handeln ist aber mehr als Charity.

Um soziale Verantwortung zu übernehmen, (engl.: Corporate Social Responsibility, CSR) reicht es heutzutage nicht mehr aus, einmal im Jahr ein Überzeugungsformular auszufüllen.

CSR gilt vielerorts noch als kurzlebige Modeerscheinung, herübergeschwappt über den großen Teich, ohne wahrhaft fundierte Grundlagen. Aus diesem Grund mag so manch ein Unternehmer denken, dass ihn dieser „exzentrische Spleen“ nichts angeht. Seine Aufgabe ist es, „Wert“, d. h. Reichtum, zu erwirtschaften.

Nur, der Reichtum einer Gesellschaft lässt sich nicht nur an ihrem ökonomischen Kapital messen, sondern stellt auch ein hohes Maß an sozialem, ökologischem und menschlichem Kapital dar. Dies verlangt konsequenterweise nicht nur mehr Investitionen in neue Technologien und Produkte, sondern eben auch soziale, ökologische und menschliche Investitionen.

Es häufen sich die Aussagen von erfahrenen Unternehmensleitern, Betriebsräten und internationalen Institutionen, dass CSR in unserer postindustriellen Gesellschaft der Schlüssel zur Entwicklung von mehr Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Kohäsion ist.

Wissenschaftliche Studien belegen, dass CSR bewusst mehr und mehr integrativer Bestandteil des ökonomischen Handelns vieler Unternehmen wird. Sie haben erkannt, dass CSR und gewinnorientierten Unternehmensstrategien längst kein Widerspruch mehr sind.

Was ist soziale Verantwortung?

Die Übernahme sozialer Verantwortung bedeutet eine freiwillige Verpflichtung des Unternehmens, über gesetzliche Bestimmungen hinaus, soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmensaktivität und in die Wechselbeziehungen mit ihren Stakeholdern (Partner, Lieferanten, Arbeitnehmer, Wettbewerber ...) zu integrieren.

Konkret gehören u.a. folgende Faktoren zur CSR:

- Offenheit und Transparenz gegenüber Mitarbeitern, Kunden und der Öffentlichkeit, d. h. offe-



Der zunehmende Erfolg der Oeko-Foire, die am vergangenen Wochenende bereits zum 19. Mal stattfand, zeugt von einem wachsenden Interesse des Publikums und der Unternehmen für umweltbewusstes Konsumieren. Eric Lavillunière, Direktionsbeauftragter des INEES, warnt jedoch vor falschen Versprechen. Viele Unternehmen würden einigen ihrer Aktivitäten einen verkaufsfördernden Grünanstrich verpassen, könnten jedoch nicht allen Voraussetzungen für ein sozialverantwortliches Handeln der Unternehmen gerecht werden: Qualität der Arbeitsbedingungen und umweltschonende Produktionsbedingungen.

ne Information und Mitspracherecht.

- Gleichbehandlung der Mitarbeiter, d. h. keine Diskriminierung aufgrund des Alters, Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, der ethnischen Herkunft, einer Behinderung oder sexuellen Ausrichtung
- Rücksichtnahme auf die Umwelt bei Rohstoffauswahl und Produktion,
- Wahrung der Interessen und Rechte der Arbeitnehmer, also gerechtes Gehaltssystem, Sicherung der Arbeitsplätze, lebenslanges Lernen, Empowerment, Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit, Sicherheit am Arbeitsplatz etc.
- Soziales Engagement für das direkte Umfeld, z.B. durch die Einstellung lokaler Arbeitsuchender oder die bewusste Integration des Unternehmens in das lokale Umfeld,
- Optimaler Kundenservice, u.a. durch eine Produktpalette, die auf den realen Bedürfnissen der Kunden beruht,
- Wahrung der Menschenrechte, also keine Kinderarbeit oder sexuelle Ausbeutung.

Diese Aufzählung lässt auf folgende positive Auswirkungen für das sozial verantwortliche Unternehmen schließen:

- gestiegene Motivation der Mitarbeiter,
- Verbesserung der Qualifikation der Mitarbeiter,

- Verbesserung des Betriebsklimas,
- Steigerung der Produktivität,
- Effiziente Nutzung der Ressourcen,
- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit,
- Erhöhte Kundenzufriedenheit,
- Erhöhte Markt- und somit Absatzchancen.

Letztendlich kann man also davon ausgehen, dass ein sozial verantwortungsbewusstes Unternehmen höheres Ansehen genießt und aufgrund der gesteigerten Leistungsbereitschaft seiner Mitarbeiter auch eine Steigerung der Produktqualität erzielen kann. In jedem volkswirtschaftlichen Seminar lernt man, dass genau diese Faktoren entscheidend zur Gewinnmaximierung beitragen können.

Gesamtgesellschaftlich bedeutet dies ein florierendes Wirtschaftssystem, das sich am Menschen orientiert und seinen Interessen dient, also Reichtum, soziale Sicherheit und Integration sowie Gerechtigkeit. Ein wahrhaft erstrebenswerter Umstand.

Nur, viele Unternehmen zögern noch, diesen Weg zu gehen. Sie haben wohl noch nicht erkannt, dass ihre wirtschaftliche Tätigkeit nachhaltig gesellschaftliche Auswirkungen hat und dass es somit zu ihrer Pflicht gehört, die Konsequenzen ihres Handelns zu bedenken. Also ziehen

sie billige, ungelernete Arbeitskräfte vor, schaffen kaum Lehrstellen, entscheiden sich gegen umwelt- und gesundheitsschonende Produktionsvorgänge, vergraulen ihre Kunden durch Produktpaletten, die an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigehen.

Dabei wäre es so einfach. Sie müssten sich nur umblicken und von anderen abschauen, wie sie es machen. Wie so oft im Leben, war nämlich schon jemand vor ihnen da, hat die Bresche schon geschlagen und Vorarbeit geleistet.

Solidarwirtschaft geht mit gutem Beispiel voran

Per Definition funktionieren solidarwirtschaftliche Unternehmen anders. Sie gelten als Drittes System, neben dem Ersten, dem privatwirtschaftlichen System, und dem Zweiten, dem staatlichen Sektor. Die Solidarwirtschaft entwickelt Ideen, Wege und Perspektiven, die die beiden anderen Systeme nicht gefunden haben. Sie tut Geschäftsfelder auf, die von den anderen bis dato unentdeckt geblieben sind. Ihr Handeln ist nicht ausgerichtet auf die Erwirtschaftung von finanziellem Reichtum, sondern auf die Entfaltung von Menschen und Befriedigung von Bedürfnissen. Die Übernahme von sozialer

Verantwortung ist die Essenz ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Solidarwirtschaftliche Unternehmen haben erkannt, dass Ethik und Wirtschaft vereinbar sind und zeigen, wie es geht.

Die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter, die Förderung der persönlichen und beruflichen Entwicklung, gerechte Entlohnung, Gleichbehandlung aller Mitarbeiter, aktives Follow-up der Arbeitnehmer, umweltschonende Produktion, lokale Entwicklung, kundenorientiertes Handeln gehören zu ihrem Aufgabenbereich, sind für sie die Maßstäbe zum Erfolg.

So manch ein Unternehmer könnte sich an ihnen orientieren. Die Gesellschaft würde besser und sein Leben wieder viel einfacher.

Diese Seite wird in Zusammenarbeit mit dem „Institut européen de l'économie solidaire“ veröffentlicht. Sie erscheint im Zwei-Wochen-Rhythmus.

Economie solidaire

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss Solidarwirtschaft und Kohäsion



Sitz des Luxemburger Wirtschafts- und Sozialausschusses in der rue Alcide de Gasperi auf Kirchberg. Die Luxemburger Zivilgesellschaft ist weder im nationalen noch im europäischen Gremium vertreten.

Am 18. und 19. September hatte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) zu seiner halbjährlichen Konferenz geladen. Diskussionssthema war: Europa (er)leben, eine Herausforderung für die Zivilgesellschaft.

Teilnehmer waren führende gesellschaftliche Akteure, die sich in den Bereichen wirtschaftliche Tätigkeit, soziale Solidarität und Förderung von Dialog und Partizipation betätigen. Sie waren aufgerufen, gemeinsam zu untersuchen, „wovon die europäische Kultur bzw. das europäische „Lebensmodell“ wirklich geprägt wird und wie die Grundlagen einer europäischen Identität heute und in Zukunft aussehen können“. (Anne-Marie Sigmund, Präsidentin des EWSA)

Wer ist der EWSA?

Der EWSA sieht sich selbst als „Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft“. Es handelt sich um eine beratende Versammlung, die 1957 eingesetzt wurde und sich derzeit aus 317 Mitgliedern der EU-Mitgliedsländer zusammensetzt. Die Ausschussmitglieder gehören repräsentativen einzelstaatlichen Organisationen der organisierten Zivilgesellschaft an und werden auf Vorschlag der Mitgliedstaaten vom Rat der EU ernannt. Luxemburg ist derzeit im EWSA mit sechs Mitgliedern vertreten.

Der Ausschuss steht den EU-Organen als Ratgeber zur Seite und erteilt Stellungnahmen zu den verschiedensten Themen im Zusammenhang mit der europäischen Einigung; nimmt also an der Politikgestaltung und am Beschlussfassungsprozess in der Gemeinschaft teil. Zum vorrangigen Ziel hat sich der EWSA derzeit die Umsetzung eines parti-

pativen Demokratiemodells in Europa gesetzt, d.h. die „harmonische und ausgewogene Entwicklung und die Förderung eines europäischen Gesellschaftsmodells, eines sozialen Modells also, das die menschlichen Werte in den Mittelpunkt dieser Entwicklung stellt.“ (EWSA)

Der EWSA teilt sich in drei Gruppen: Arbeitnehmer, Arbeitgeber, verschiedene Interessen. Die nationalen Vertreter werden je nach Statut und nationalen Interessen in die jeweiligen Gruppen entsandt. Die europäischen Vertreter der Sozial- und Solidarwirtschaft finden sich alle in Gruppe 3 wieder.

Die Teilnehmer waren sich soweit einig, dass Europa in den Kernbereichen bis dato noch nicht erreicht hat, was man sich versprochen hat. Zu den Kernbereichen wurden im Allgemeinen Landwirtschaft, Kultur, (Weiter-)Bildung, Beschäftigung aber auch Antworten auf die sich ergebenden Probleme aus der Globalisierung und Urbanisierung oder auch dem allgemein fehlenden Nachhaltigkeitsdenken angesehen.

Mangelndes Interesse der Bürger, Ausbleiben des Zivildialoges und fehlender Solidaritätsgedanken seien so zwangsläufig, aber längst nicht akzeptabel.

Die Forderung erging, die Europapolitik neu zu beleben und insbesondere die Nähe zum Bürger zu suchen. Der bottom-up-Dialog, d.h. die gezielte Einbindung des Bürgers – über die Bürgerge-

sellschaften und NROs – bei der Vorbereitung politischer Themen, müsse gefördert werden. Dies sei am ehesten möglich, indem die Bedürfnisse der Menschen angegangen würden, denn nur, wenn die Bürger das Gefühl erhielten, persönlich betroffen zu sein durch die Entscheidungen auf Europa-Ebene, würden sie diese tragen bzw. sich in die Entscheidungsfindung einbinden und so Einfluss auf die Politik nehmen. Der Zivildialog müsse institutionalisiert und auch entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Man war sich einig darüber, dass die Wirtschaftskultur (Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, Bildungsoffensive), die Solidaritätskultur (Wiederbelebung des Verfassungsprozesses) sowie die Dialogbereitschaft (Einbindung aller gesellschaftlichen Schichten und Gruppen) und Bürgerbeteiligung (mehr Mitspracherecht aber auch gesteigerte Verantwortung für die Bürger der Mitgliedsländer) Meilensteine in der Umsetzung der Lissabon-Strategie darstellen.

Lernen der EWSA von der Solidarwirtschaft?

Bildung muss integraler Bestandteil der Politik werden, Promotion der sozialen Marktwirtschaft, vermehrte Bürgerbeteiligung, bottom-up-Dialog, soziales marktwirtschaftliches System, die Nähe zum Bürger suchen, sich für konkrete Bedürfnisse einsetzen – all diese Punkte könnten aus dem Programm eines solidarwirtschaftlichen Unternehmens stammen. Haben die europäischen Vertreter der Sozial- und Solidarwirtschaft Gehör gefunden? Wie steht es mit dem luxemburgischen Beitrag in Gruppe III?

Letztendlich ist es eigentlich egal, woher die guten Ideen kommen, Hauptsache sie werden umgesetzt. Die Zukunft wird es zeigen.

Interview avec Lucia Fusco, Legacoop (Italie)

„Un vrai problème d'identité“

Lucia Fusco est directrice de la représentation à Bruxelles de la Legacoop, une des plus puissantes fédérations italiennes de coopératives. Elle fut une des principales coordinatrices de la conférence européenne „Economie sociale et solidaire et stratégie de Lisbonne“ organisée au Grand-Duché en mars 2005 sous présidence luxembourgeoise de l'Union européenne.

Dans le courant de ce mois d'octobre, le CESE procédera au renouvellement de ces membres. L'occasion pour nous de faire un point avec Lucia Fusco (qui a été membre de 1998 à 2006) sur son activité au CESE et particulièrement de la catégorie „économie sociale“ dont elle fut porte-parole et vice-présidente du groupe 3.

Quel bilan tires-tu de ces huit années passées au CESE?

Lucia Fusco: „C'est incontestablement une expérience très riche dans laquelle je me suis énormément investie pour faire progresser la reconnaissance de l'économie sociale et malheureusement je trouve que les acteurs concernés n'ont pas toujours pris suffisamment conscience du rôle stratégique que peut jouer le CESE dans la construction des politiques européennes.“

Dans quelle mesure trouvez-vous qu'il est important d'avoir une catégorie „économie sociale“?

L. F.: „Nous sommes nommés au sein du groupe III qui regroupe les activités diverses (avec les professions libérales, les PME, les agriculteurs...) et qui est très hétérogène au contraire des groupes I (organisations patronales) et II (organisations syndicales) qui sont homogènes. Mais il apporte sa force d'innovation en complément des partenaires sociaux traditionnels.“

Y'a-t-il quelque chose dont tu sois fière et que tu as aidé à faire aboutir?

L. F.: „J'ai eu la chance de coordonner deux avis – „La diversification économique dans les pays accédants – rôle des PME et des entreprises de l'économie sociale“ (1^{er} avril 2004) et „La capacité d'adaptation des PME et des entreprises de l'économie sociale aux changements imposés par le dynamisme économique“ (27 octobre 2004).“

Et avec le soutien de Mme Sigmund, nous avons lancé une étude sur la réalité de l'économie

sociale dans l'Europe des 25 (étude menée par le Ciriec international). Je compte beaucoup sur les répercussions que pourra avoir cette étude (pour la fin de l'année 2006).“

Globalement est-ce qu'on peut estimer que la reconnaissance institutionnelle de l'économie sociale et solidaire progresse? Et si oui comment?



Lucia Fusco

L. F.: „Oui manifestement, mais avec l'entrée des 15 nouveaux pays dans lesquels il n'y a pas de tradition d'économie sociale et où les coopératives sont souvent associées (en terme d'image) à l'ancien pouvoir communiste, nous avons aujourd'hui un vrai problème d'identité. Pourtant il y a tout un mouvement d'ONG très actives sur le terrain de la gouvernance ou des services sociaux mais l'identité européenne est très difficile à trouver.“

Comment vois-tu à l'avenir la catégorie „économie sociale“ et quels sont les enjeux importants du moment pour nos mouvements?

L. F.: „Comme le CESE est en train de renouveler ses membres je suis un peu inquiète pour le futur, mais j'attends beaucoup des résultats de l'enquête sur l'économie sociale qui fixera les potentialités de l'économie sociale et par là-même les relais que le CESE pourra y apporter pour influencer sur les futures politiques européennes. Je crois beaucoup également dans les liens avec le Parlement et la Commission, car c'est avec des fonctions du CESE que de donner du liant aux diverses institutions européennes.“



Europa (er)leben: eine Herausforderung für die Zivilgesellschaft

Biennale Konferenz des EWSA

18. - 19. September 2006

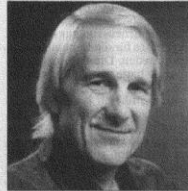
EWSA • 99, rue Belliard • 1040 Brüssel

<http://www.ees.europa.eu>

Diese Seite wird in Zusammenarbeit mit dem „Institut européen de l'économie solidaire“ veröffentlicht. Sie erscheint im Zwei-Wochen-Rhythmus.

Ein Interview mit Dr. Isidor Wallimann

Wohlstand anders messen



Dr. Isidor Wallimann

Wohlstand messen - Ein Interview mit Dr. Isidor Wallimann, Professor an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Wallimann unterrichtet Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik in Basel und ist Mitautor von Sozialpolitik anders denken. Das Verursacherprinzip - von der umweltpolitischen zur sozialpolitischen Wendung und Mitherausgeber von Das Zeitatlas der Knappheit, Ressourcen, Konflikte, Lebenschancen.

Wel man, wie Wohlstand gemessen werden könnte?
Isidor Wallimann: Eigentlich wüsste man es, aber es wird nicht angewendet. In der offiziellen Statistik erscheint alltäglich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als die hauptsächlichste Messgröße von Wohlstand. Dabei wird suggeriert, dass mit steigendem oder fallendem BIP (pro Kopf der Bevölkerung) auch der Wohlstand steigt oder fällt, z.B. im Rahmen von Wirtschaftszyklen. Das ist nicht nur unvollständig, es ist auch falsch.
Warum wird das BIP doch immer wieder als Wohlstandsindikator ins Zentrum gestellt?
Isidor Wallimann: „Das ist eine gute – und auch die zentrale – Frage. Ich glaube, es hat mit drei Faktoren zu tun. Erstens die he-

gemoniale Mentalität. Der Kapitalismus misst seinen Erfolg daran, wie er sich (gemessen am BIP) quantitativ ausweitet. Dies wird an der Menge der bekannten (weil registriert und gemeldeten) Verkäufe von Gütern und Dienstleistungen auf dem offiziellen Markt gemessen. Zweitens gibt es ideologische Interessen, den Kapitalismus in einem günstigen Licht erscheinen zu lassen (und ihn zu stützen und zu legitimieren). Deshalb wird die rein quantitative Seite des Wachstums hervorgehoben und mit Wohlstand gleichgesetzt. Dadurch wird unser Wirtschaftssystem mit seinem 'Wohlstand' wesentlich zu vorteilhaft und falsch dargestellt. Ideologie als Lüge – die sich bis in die Wirtschaftsstatistik hinein verselbstständigt hat. Drittens kann der Kapitalismus als System mit Nullwachstum nicht gut umgehen und schon gar nicht mit Negativwachstum, auch wenn der Wohlstand dabei gesteigert würde. Die Aussage 'weniger ist mehr' ist dem Kapitalismus fremd.“

Was verschweigt denn die BIP Statistik?
Isidor Wallimann: „Es gibt verschiedene Dimensionen, die das BIP verschweigt. Ich will mal einige davon nennen:

1. Schäden, falls sie behoben wurden, werden vom BIP positiv aufgerechnet, nach dem Motto: 'Je mehr 'Verkehr', Umwelt- oder Gesundheitsschäden, desto größer das BIP und der Wohlstand'.
2. Schäden, die nicht behoben wurden, werden auch nicht erfasst. Motto: 'Irreparable Umwelt- oder Gesundheitsschäden vermindern das BIP und den Wohlstand nicht'.
3. Die Qualität von Gütern und Dienstleistungen wird nicht erfasst. Motto: 'Je schlechter etwas ist und je schneller etwas ersetzt werden muss, desto größer sind die Umsätze und das BIP'.
4. Das BIP misst nicht den

Nutzwert der produzierten Güter und Dienstleistungen für die Bevölkerung. Motto: 'Warum nicht Waffen und Luxusgüter produzieren, wenn sie doch das BIP erhöhen?'

5. Das BIP sagt nichts aus über die Endlichkeit von Ressourcen und die nachhaltige Sicherung von Leben. Motto: 'Warum sich um die langfristige Zukunft der Menschen kümmern, wenn noch heute das BIP erhöht werden kann?'

6. Das BIP sagt nichts aus über seine Verteilung. Motto: 'Auch wenn die Lohnsumme abnimmt und die returns to capital zunehmen, steigt der Wohlstand, sofern das BIP auch steigt'.

7. Das BIP berücksichtigt nicht die gesellschaftlich notwendigen Leistungen der informellen Sektorekonomie. Motto: 'Wenn Haushalt-, Pflege- oder Erziehungsleistungen nicht offiziell über den Markt erbracht wurden, haben sie nicht stattgefunden'.

8. Das BIP schließt die zivilgesellschaftlich erbrachten Leistungen in Kultur, Bildung, Politik usw. aus. Motto: 'Der Mensch lebt vom Brot allein'.

9. Das BIP verschweigt die Produktivitätsgewinne und -verluste. Motto: 'Auch wenn die Menschen immer mehr arbeiten müssen, um sich die Existenz zu sichern, geht es ihnen besser, wenn dabei das BIP steigt.'“

Das ist aber dicke Post, die Sie uns zu öffnen geben!

Isidor Wallimann: „Ja, diesem Eindruck kann ich mich nur anschließen.“

Wie könnte man denn weiterkommen?

Isidor Wallimann: „Z.B. aufgrund der oben genannten Punkte andere Indikatoren entwickeln und sie in der Wirtschaftsstatistik verankern. Zum Teil existieren sie schon, werden aber nicht angewendet. Und bis es so weit ist, bleibt die Möglichkeit, im Tagesdiskurs immer wieder darauf hinzuweisen, wie stupid die 'Messgröße BIP' ist.“

6. nationale Konferenz der ehrenamtlichen Mitarbeiter des Netzwerkes OPE

Indikatoren zur Messung der Lebensqualität



Gestern trafen sich in Sandweiler die ehrenamtlichen Mitarbeiter des Netzwerkes „Objectif Plein Emploi“ zu ihrer 6. nationalen Konferenz. Dabei wurden unter anderem die Ergebnisse einer Umfrage in den Gemeinden Niederanven, Contern, Sandweiler und Junglinster vorgestellt. Die Ergebnisse sollen es ermöglichen, lokale Indikatoren zu entwickeln, um die Lebensqualität in diesen Gemeinden zu bestimmen.

(Foto: OPE)

Rezension

Amartya Sen - Ökonomie für den Menschen

Eine Programmschrift, die ökonomische Vernunft, politischen Realismus und soziale Verantwortung zusammenführt. Sen fordert die Moral in der Marktwirtschaft und packt eines der größten Weltprobleme an: die sich immer weiter öffnende Schere zwischen dem global agierenden Kapitalismus und der zunehmenden Arbeitslosigkeit und Verarmung. Dieses engagierte Buch hat der Nobelpreisträger von 1988 für die breite Öffentlichkeit geschrieben, eindringlich stellt er dar, dass Freiheit, Gleichheit und Solidarität keine abstrakten Ideale sind, sondern fundamentale Voraussetzungen für eine prosperierende, gerechte Weltwirtschaft.

-> ISBN: 3423362642

Neue Wohlstandsindikatoren braucht das Land, oder

Wie bemisst man den Reichtum einer Nation?

Die traditionellen Indikatoren, die den Wohlstand eines Landes bemessen (z.B. das Bruttoinlandsprodukt) basieren auf der Annahme, dass Männer und Frauen rationale Wesen sind, deren Ziel das Zusammentragen von Besitztümern ist. So misst man die Quantität und die Ströme der wirtschaftlichen Tätigkeiten.

Bereits vor 40 Jahren sind die ersten Kritiken an dieser „neoklassischen“ Sichtweise aufgetreten: „Wir können nationale Leistung nicht anhand des Bruttoinlandsprodukts messen. Das Bruttoinlandsprodukt enthält Luftverschmutzung, Werbung für Zigaretten und Rettungen, die die Autobahnen von Blutbadern reinigen müssen ... Es schwilt mit der Ausstattung für die Polizei, die notwendig ist, um Aufständen in unseren Städten Einhalt zu gebieten; und obwohl es durch den Schaden, die diese Aufstände anrichten, nicht verringert wird, steigt es noch immer, wenn Slums auf ihrer Asche wieder aufgebaut werden ... Und obwohl das Bruttoinlandsprodukt all dies enthält, gibt es vieles, das nicht erfasst wird. Es berücksichtigt nicht die Gesundheit unserer Familien, die Qualität ihrer Erziehung oder die Freude ihres Spiels ... Es berücksichtigt weder Gerechtigkeit in unseren Gerichten, noch wie gerecht wir miteinander umgehen ... Es misst alles, außer diejenigen Dinge, die das Leben lebenswert machen.“ (Robert Kennedy, 1967)

Bottom-up-Ansatz

Politiker, Wissenschaftler und Ökonomen haben sich diese Worte zu Herzen genommen und versucht, Indikatoren zu entwickeln, die Faktoren wie Bildung, Gesundheit und Kultur aber auch Lebensdauer, Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit und Ungleichheit zwischen Mann und Frau berücksichtigen. Herausgekommen sind Indikatoren wie HDI (Human Development Index), GDI (Gender-related Development Index) oder auch HPI (Human Poverty Index) – interteilt übrigens in HPI für Entwicklungsländer und HPI 2 für Industrieländer, um nur einige wenige zu nennen.

Alle bestätigen sie, dass Wachstum, wie vom Bruttoinlandsprodukt erfasst, alleine nicht ausreicht, um den Wohlstand einer Nation zu messen, ein Allheilmittel stellen sie aber auch nicht dar. Aus diesem Grund arbeitet INES an einem Projekt zur Ermittlung lokaler Wohlstandsindi-

katoren, die es erlauben, Lebensqualität und Wohlbefinden der Bevölkerung zu ermitteln. Dieser Ansatz stützt sich auf die Überlegung, dass Wohlstand, Wohlbefinden und Lebensqualität stark vom lokalen Umfeld abhängen und ihre Einflussfaktoren so schnell von Region zu Region variieren können.

Selbstverständlich gibt es eine Reihe allgemeingültiger Indikatoren, die auf diese Faktoren einwirken – wie z.B. Arbeitslosigkeit, Mobilität, Zugänglichkeit zu Kulturangeboten, ökologische Aspekte, etc. – jedoch ist die Gewichtung dieser Indikatoren immer abhängig von der realen, lokalen Entwicklung. So wird eine Region, in der der Anteil an Arbeitslosen sehr hoch ist und gleichzeitig der öffentliche Transport auf akzeptable Weise ausgebaut, mehr Wert auf die Reduzierung der Arbeitslosigkeit legen, als die Nachbarregion, in der die Arbeitslosigkeit deutlich geringer ist und der öffentliche Transport weniger ausgebaut ist, wenn gleich beide vielleicht auf nationalem Niveau im Bereich des Recyclings stark hinterherhinken und man annehmen könnte, dass eine saubere Umwelt doch für alle gleichermaßen von Bedeutung ist.

Es bietet sich an, zunächst Untersuchungen auf kleinem, lokalem Niveau durchzuführen und diese untereinander zu vergleichen.

Anschließend können eventuell Rückschlüsse auf eine größere Region gewonnen werden. Hiergegen scheint die Festlegung von allgemeingültigen Indikatoren und Werten auf nationaler oder supranationaler Ebene zur Bestimmung des Wohlstandes einer Gemeinschaft, doch stark Gefahr zu laufen, die Realität zu verkennen.

Dieser sog. Bottom-up-Ansatz ist bei Unternehmen der Solidarisierung neuer Projekte weit verbreitet. Er gewährleistet eine Ausrichtung der Projekte an den Bedürfnissen der Bevölkerung und ist Garant für die erfolgreiche Durchführung.

Diese Seite wird in Zusammenarbeit mit dem „Institut européen de l'économie solidaire“ veröffentlicht. Sie erscheint im Zwei-Wochen-Rhythmus.

L'économie solidaire

Une réponse à la crise du travail - le cas brésilien

Selon Jean-Louis Laville (socio-économiste - LISE et CNRS-CNAM en France) la crise de la société salariale nous oblige à repenser radicalement non seulement le rapport entre l'économie et le social, mais également ce qu'il faut entendre par économie.

La crise économique ne peut être expliquée par les seules rigidités induites par l'intervention de l'Etat dans l'économie. C'est plutôt la synergie Etat-Marché qui fait que la crise économique actuelle est à la fois une crise de l'Etat et une crise du Marché. La dérégulation sociale ne répond aucunement à ces enjeux.

Ainsi au Brésil, l'apparition de l'économie solidaire correspond à la redécouverte de la lutte historique des travailleurs. Dans les débuts du capitalisme, les relations dans le travail salarié ont conduit à un tel degré d'exploitation du travail humain que les travailleurs se sont constitués en syndicats et en entreprises coopératives et associatives. Les luttes ont toujours été complémentaires dans ces deux domaines; cependant, l'ampleur gagnée par le travail salarié dans le monde a mené à une hégémonie progressive de ce type de rapport capitaliste, par une transformation généralisée, y compris du travail humain, en marchandise.

La crise actuelle du travail salarié met définitivement à nu les projets du capitalisme de transformer tout et tous en marchandises à proposer et consommer dans un marché égalisé par la «compétitivité». Aujourd'hui, plus de 50 pour cent des travailleurs du Brésil vivent en marge du secteur capitaliste. Cela représente un défi qui ne pourra être totalement relevé que par un mouvement combinant et développant un projet alternatif d'économie solidaire. Des pratiques de relations éco-

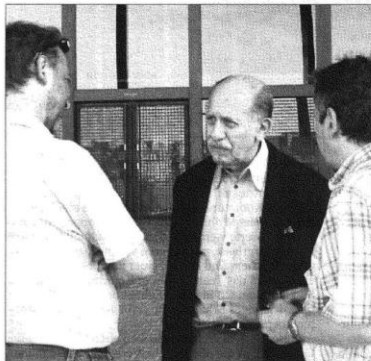
nomiques et sociales qui permettent d'emblée la survie et l'amélioration de la qualité de vie chez des millions de personnes sont apparues. Elles sont fondées sur des rapports de collaboration solidaire qui considèrent l'être humain comme sujet et finalité de l'activité.

L'économie solidaire est génératrice de travail et de revenus. Elle a pour fonctions de satisfaire les besoins de tous, en prouvant qu'il est possible d'organiser la production et la reproduction de la société de façon à éliminer les inégalités matérielles et diffuser les valeurs de solidarité humaine.

Initiatives portées par les citoyens

Le boom de l'économie solidaire au Brésil ne résulte pas d'un projet syndical, politique ou universitaire: il s'agit d'abord d'initiatives portées par les citoyens qui trouvent des relais dans la société civile et un écho national, grâce à la capacité d'innovation des mouvements sociaux et culturels, et à la présence institutionnelle d'une gauche de transformation sociale.

Cette conception de l'économie solidaire va bien au-delà d'un «tiers secteur» résiduel. Pour le Secrétaire d'Etat à l'économie solidaire brésilien Paul Singer, l'économie solidaire est un «apprentissage qui permet à des fractions de la classe travailleuse d'assumer collectivement la gestion de l'économie». Selon lui, on doit viser un processus de transformation sociale de la société où le développement de l'auto-organisation économique jouerait un rôle fondamental, avec la démocratisation radicale de l'Etat et des entreprises. Pour Paul Singer, les entreprises solidaires constituent de véritables «révolutions locales».



Paul Singer, brésilien, Secrétaire d'Etat pour l'économie solidaire, en discussion avec Romain Binsfeld, membre du conseil d'administration de l'Objectif Plein Emploi asbl, à l'occasion de l'Ecossiles en Nantes (F) le 6 juin 2006.

Cette page est publiée en collaboration avec l'Institut européen de l'économie solidaire. Elle apparaît dans le bi-hebdomadaire Rhythmus.

Ein Interview mit OPE-Vorstandsmitglied Romain Binsfeld

Alle Menschen sind gleich ...

Alle Menschen sind gleich, nur vor dem Luxemburger Recht sind einige gleicher - noch. Ein Interview mit Romain Binsfeld, geschäftsführendes Vorstandsmitglied von Objectif Plein Emploi (OPE) und ehemaliger Leiter des „Service juridique“ vom OGB-L.

„NEES“ (Institut Européen de l'Economie Solidaire): Herr Binsfeld, als Kenner des Luxemburger Arbeitsrechtes, was halten Sie vom Gesetzesentwurf 5144?

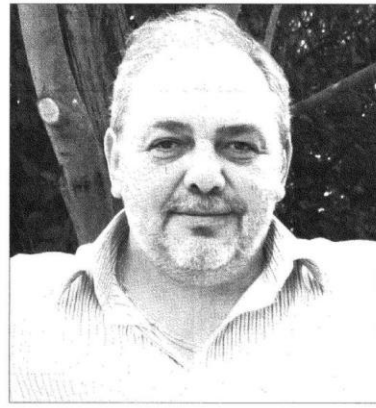
Romain Binsfeld: „Endlich ein Schritt in die richtige Richtung! Die Regierung hat erkannt, dass sie in der Vergangenheit Fehler begangen hat und diese ausbessern muss. Sie gesteht der Solidarökonomie, was den beschäftigungspolitischen Bereich anbelangt, ihren angestammten Platz im Luxemburger Wirtschaftssystem zu. Und insbesondere die Arbeitnehmer in diesem Sektor erhalten endlich die gleichen Rechte, wie ihre Kollegen in den anderen Sektoren. Sie müssen nicht länger einen befristeten Arbeitsvertrag unterschreiben, der sie unweigerlich zwingt, nach spätestens zwei Jahren auf Arbeitssuche zu gehen oder Arbeitslosigkeit anzunehmen. Es wurde höchste Zeit, dass diese Ungleichbehandlung ein Ende hat.“

„NEES“: Aber das Zurückgreifen auf befristete Arbeitsverträge (CDD) ist doch absolut Usus in diesem Land. Warum dann nicht auch in Ihrem Bereich?

R.B.: „Aber das ist doch genau das Problem. 1989 hieß es, der unbefristete Arbeitsvertrag solle die Regel sein, dies war der erklärte Wille des Gesetzgebers. Der befristete Arbeitsvertrag wurde eingeführt, um in gewissen Situationen gezielt auf die Bedürfnisse eines Unternehmens reagieren zu können, z.B. wenn ein Mitarbeiter Erziehungsurlaub nimmt und für eine begrenzte Zeit ersetzt werden muss.“

Die Realität ist eine andere. Die atypischen Arbeitsverhältnisse sind im Vormarsch. Leiharbeitsverträge gelten als 'chic' und werden des Öfteren als verlängerte Probezeiten genutzt, aber auch als Sprungbrett.

Mittlerweile wird der CDD vom Patronat im Namen der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit als gängiges Mittel genutzt, um Menschen in Unsicherheit und



Romain Binsfeld, geschäftsführendes OPE-Vorstandsmitglied

Abhängigkeit zu halten. Und dann würden auch noch die solidarwirtschaftlichen Unternehmen gezwungen, mit ihnen zu funktionieren. Wir sind kein Parkplatz, auf dem die Leute vorübergehend abgestellt und ein wenig beschäftigt werden. Unsere Leute leisten reale Arbeit und schaffen einen realen Mehrwert, der weit über den rein finanziellen Mehrwert, den andere Unternehmen erbringen, hinausgeht.“

„Vielleicht haben einige von ihnen eine ungenügende Ausbildung oder leben in unsicheren Verhältnissen, aber dies allein ist kein Grund, sie von Gesetzes wegen zu benachteiligen. Diese Betrachtungsweise wurde und wird von verschiedenen Berufskammern und besonders auch vom Staatsrat geteilt.“

„NEES“: Betrifft diese Ungleichbehandlung nur das Arbeitsrecht, oder können Sie uns auch noch andere Beispiele nennen?

R.B.: „Die Beispiele häufen sich. Zwei Punkte sollen hier genannt werden. Erstens wäre da die Mitbestimmung. Es gibt eindeutige Gesetze, nur sind sie nicht anwendbar auf ein Netzwerk wie z.B. Objectif Plein Emploi, u. a. auch aufgrund der

CDD-Regelung. Konsequenz: Die Interessen der Mitarbeiter sind ungenügend geschützt. Es liegt an uns, Lösungen zu finden. Vom Gesetzgeber kommt kein Vorschlag. Das Gleiche gilt für den zweiten Punkt, den Bereich Sicherheit und Gesundheit. Innovative Projekte passen nicht in die aktuelle Gesetzgebung, aber es wird von der Legislative nicht getan, um in dieser Situation Abhilfe zu schaffen.“

„NEES“: Und wie könnte man das?

R.B.: „Ganz einfach, die Spielregeln an die Realität anpassen. Und die Realität ist nun mal, dass es drei Wirtschaftspfeiler in unserem Land gibt: den öffentlichen, den privatwirtschaftlichen und den solidarwirtschaftlichen Pfeiler. Also muss die Gesetzgebung auch diese drei Pfeiler abdecken. Aus diesem Grund sind wir sehr froh, dass das Arbeitsministerium uns seine Unterstützung zugesagt hat bei der Ausarbeitung eines juristischen Statutes für Luxemburger solidarwirtschaftliche Unternehmen. Wir werden darauf achten, dass all diese Probleme behoben werden und unsere Mitarbeiter genauso behandelt werden wie die anderen Arbeitnehmer auch.“

Die Minister Biltgen und Halsdorf über die Solidarwirtschaft

Bravo! Der Groschen ist gefallen

Man kann es nicht oft genug wiederholen: Solidarwirtschaftliche Unternehmen tragen zur Lebensqualität der Bevölkerung und zur Entwicklung der Regionen bei, sie schaffen Arbeitsplätze und Kapital.

„Anders wirtschaften“ ist Synonym für Mitbestimmung, Mehrwert, Wertschöpfung, Innovation und Kohäsion. Das haben auch die Politiker Luxemburgs erkannt. Hierauf lassen die Aussagen Biltgens und Halsdorfs anlässlich der 6. nationalen Konferenz der ehrenamtlichen Mitarbeiter des Netzwerkes Objectif Plein Emploi schließen (das „Tageblatt“ berichtete). Unisono vertreten sie den Ausbau des solidarwirtschaftlichen Sektors in Luxemburg.

Minister Halsdorf ging insbesondere auf den Output ein, den die Solidarökonomie erzielt. Er lobte den Initiativgeist der Verei-

nigung, der die lokale Entwicklung vieler Gemeinden entscheidet und ganz individuell in den letzten Jahren geprägt hat. Er hob den Mehrwert hervor, den solidarwirtschaftliche Unternehmen erzeugen - kein rein finanzieller Mehrwert, sondern insbesondere ein sozialer.

Gesetzesentwurf
5144

Minister Biltgen ging in seinen Ausführungen sogar noch einen Schritt weiter. Er bestätigte, was in seinem Gesetzesentwurf 5144 zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereits angeklungen ist: Solidarwirtschaft ist nicht gleichbedeutend mit Integration durch Beschäftigung, sie geht viel weiter. Sie ist ein unterstützenswertes und ausbaufähiges Gut, sie bedarf einer Anpassung der

Spielregeln und einer gesicherten Finanzierung. Und vor allem: Personen, die in einem solidarwirtschaftlichen Unternehmen arbeiten, sind keine Menschen zweiter Klasse, die für die echte Welt nicht taugen. Sie leisten ihren Beitrag zur Entwicklung unserer Gesellschaft und dieser muss entsprechend gewürdigt werden.

Die jahrelange Lobbyarbeit scheint endlich ihre Früchte getragen zu haben. Ansonsten hätte das Arbeitsministerium wohl kaum seine Unterstützung bei der Ausarbeitung eines rechtlichen Statutes für solidarwirtschaftliche Unternehmen zugesagt.

Und es würde sich wohl auch nicht für die gleichberechtigte Behandlung aller Arbeitnehmer einsetzen, indem es eine entsprechende Anpassung des Arbeitsrechts vornimmt.
Bravo!

Dem neoliberalen Menschenbild abschwören

Sicherheit als soziales Problem

Ein Interview mit Dr. Heinz A. Ries*, Professor emeritus Universität Trier

INEES: Sicherheit ist ein aktuelles Thema. Glauben Sie, dass unsere Gesellschaft ängstlicher geworden ist?

Heinz Ries: „Alle Ergebnisse von Umfragen deuten auf eine höhere Angst der Bürger, ihre Sicherheit zu verlieren. Sicherheit ist eines von sechs fundamentalen menschlichen Grundbedürfnissen. Darin liegt die eigentliche Ursache für die reiche Ausstattung der modernen Gesellschaften mit sozialen und technischen Sicherheitsinstrumenten: Lebensversicherungen, Krankenversicherungen, Arbeitslosenversicherung, hoch technisierte Sicherheitsapparate in öffentlichen und privaten Lebensbereichen, Armee und Polizei zum Schutz des Staates und der Bürger und vieles mehr.“

INEES: Wir haben 60 Jahre Frieden in Westeuropa. Was macht uns Angst?

H.R.: „Die Angst hat viele Ursachen. Das Bedürfnis nach Sicherheit oder die Angst, sie zu verlieren, ist latent immer da. Angst tritt manifest aber erst in den Vordergrund, wenn äußere Bedrohungen sichtbar werden. Die wichtigsten sind: Verlust der Arbeit, der Existenzgrundlage, Angst vor Verschuldung, sozialem Abstieg und Ausgrenzung. Immer stärker ist auch die Angst vor der zunehmenden Gewalttätigkeit vor Verbrechen und Terror. Angst vor der Stagnation der Wirtschaft, und vor Wirtschaftskrisen. Es sind dies in neuerer Zeit alles Kennzeichen globalisierter Gesellschaften.“

INEES: Ist Sicherheitspolitik eine authentische Forderung der Zivilgesellschaft?

H.R.: „So kann man, so muss man dies sehen. Ein dauerhaftes Leben in der Unsicherheit schafft Stress, beeinträchtigt das Wohlbefinden jedes Einzelnen und der Gemeinschaften.“

Es stellt sich aber eine andere Frage, nämlich weshalb wir immer mehr in unseren Sicherheitsapparat investieren müssen, ohne damit mehr Sicherheit zu gewinnen? Ich möchte dies erläutern am Beispiel der Armut in Gettos unserer Megacities. Auf die dort immer häufiger ausbrechenden Massenkrawalle nur mit Gegenwehr zu reagieren, ist die Bankrotterklärung der Gesellschaft im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut. Die Massenkrawalle vom vergangenen Sommer in französischen Städten zeigen, dass Sicherheit in einer Zweidrittelgesellschaft nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Die Reichen mögen sich noch so sehr in hermetisch geschlossenen Gated Communities einbunkern (verbunden mit einem Verlust an Freiheit), die Wut und der Terror der perspektivlosen jungen Menschen werden sie trotzdem erreichen.“

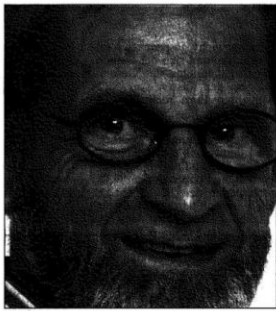
INEES: Welche Kräfte haben wirkliches Interesse an dieser Art von Sicherheitspolitik?

H.R.: „Die Antwort auf diese

Frage ist nicht einfach. Nach der neoliberalen Wirtschaftsdoctrin sind Menschen von Natur aus Egoisten, nur auf ihren größtmöglichen Eigennutz bedacht. Und der wird nur durch den totalen Wettbewerb und den Kampf des Einzelnen oder von Gruppen gegen alle Anderen erreicht. Diese auf Gewinnmaximierung und den totalen Wettbewerb ausgerichtete Wirtschaft, die Gemeinschaftsgüter und Solidarität mit den Schwächeren ausschließt, verlangt zur Absicherung ihres Reichtums einen immer höheren Sicherheitsapparat. Sicherheitspolitik im Sinne des Neoliberalismus ist die bloße Aufrechterhaltung, die Verteidigung und der Schutz der bestehenden Kapitalverteilung gegenüber den vom Markt und der Teilhabe Ausgeschlossenen. Diese Sicherheitspolitik wird aber immer brüchiger.“

INEES: Wie kann man gegensteuern?

H.R.: „Auf einen Punkt gebracht: Wir müssen von diesem neoliberalistischen Menschen-



Dr. Heinz A. Ries

bild, des durch die Gene naturbestimmten Egoismus des Menschen abschwören. Dies findet wissenschaftlich keine Bestätigung.“

Der Mensch ist im Lichte der neuen Hirnforschung kein autistischer Egoist, sondern stark auf Altruismus und Kooperation ausgerichtet. Solidarisches Gemeinwesenökonomie findet also in der Hirnforschung ihre Bestätigung, nicht aber die neoliberale Ökonomie. Gemeinwesenökonomie ist ein besseres Mittel zur Bekämpfung der Armut und verlangt nicht gleichzeitig nach einem aufwendigen Sicherheitsapparat.

Die zunehmende Gewalt und kriminelle Mittelbeschaffung sind weitgehend eine Folge der sozialen Ausgrenzung von immer mehr Menschen. Die beklagte wachsende Unsicherheit ist also hausgemacht. Mit anderen Worten und auf einen Punkt gebracht: Sicherheit, Frieden lassen sich langfristig nur erreichen, wenn die Schere zwischen ausuferndem Reichtum und der zwangsläufig damit einhergehenden Armut innerstaatlich und weltweit geschlossen wird.“

-> * Dr. Heinz A. Ries lehrte Psychologie und Soziologie, wurde für seine bahnbrechenden Projekte zur Sanierung von sozialen Brennpunkten von der Stadt Trier mit dem Ehrenbrief und durch verschiedene Stiftungen mit wissenschaftlichen Preisen ausgezeichnet.

Sicherheit - convivialité

Un choix de société?

Romain Biever*

La sécurité est à l'ordre du jour de l'agenda mondial. Manifestement. Ceux qui recherchent la sécurité auprès de leur(s) dieu(x), se terrorisent, les uns, les autres. Les peuples du monde se désolidarisent. Forcément.

Les règles érigées pour l'organisation du commerce mondial invitent tout un chacun à la bataille, en toute sécurité. Les effets sont néfastes pour une évolution harmonieuse entre acteurs économiques potentiels. Une partie des femmes, des hommes, jeunes et enfants, tous acteurs de la vie civique, sont exclus d'une participation décente à la vie communautaire. Les lois répressives à leur égard se succèdent pour qu'une partie de la population puisse vivre en toute sécurité.

La terre est divisée en enclaves accueillant dans certains endroits ceux et celles qui aspirent à une vie en sécurité et regroupant dans d'autres endroits ceux et celles qui risquent de la compromettre. L'hystérie de la sécurité appartient à une minorité au plan mondial, elle gagne en importance au sein des populations de la partie occidentale du monde. Les maladies contagieuses et autres épidémies venues d'ailleurs nous menacent dans nos pays. La prophylaxie nous oblige à être sévères envers tout ce qui nous paraît étranger.

Ces circonstances font que la prophylaxie et l'hystérie, des cousines naturelles, agissent de plus en plus fort sur nos besoins en sécurité, jusqu'à nous rendre incapables de jugements sensés sur notre vie quotidienne communautaire. Nos conceptions apparentes en besoins de sécurité s'infiltrant comme une maladie vorace dans nos communautés au point que nous voudrions nous purifier en nous inventant des chasses gardées qui nous séparent des autres.

La course aux différences, à la logique de la scission sécurisante, devient tellement omniprésente et obsessionnelle dans notre vie quotidienne que des questions, comme celles de consommer ou non des cuisses de grenouilles ou d'être fumeur ou non-fumeur,

sont radicalisées de manière à porter des réponses sédatives à nos craintes existentielles. Des exemples caricaturaux, parmi tant d'autres, démontrent comment nous traitons dans notre microcosme journalistique nos phobies intimes, comme la maladie, les coûts publics de la réparation, le commerce déchaîné, l'étranger, le territoire et les enclaves ou encore le terrorisme. Est-ce que tout cela nous appartient vraiment, ou est-ce plutôt un état d'âme collectif nébuleux et fiévreux passager, insufflé par une puissance anonyme et géré par une main invisible?

Evidemment, cette hypothèse n'est finalement pas sécurisante non plus, en considérant que la notion de la conscience collective (dans le sens „notre condition dans la société fonctionnant comme un tout“), nous obligeant plutôt de façon naturelle à une réflexion sur la solidarité inconditionnelle, nous fait apparemment autant peur que la notion de la différence sécurisante.

La peur est l'ennemi de la solidarité

Mais, faut-il avoir peur? Et de quoi?

Nous sommes tous conscients que les règles qui gèrent notre vie commune, et ceci dans tous les domaines, sont conçues par nous même. C'est le système des lois et des conventions avec lequel nous organisons et gérons le fonctionnement de nos sociétés.

Alors, qu'est-il advenu à notre maison mondiale à tous, en sachant que nous ne disposons que de cette maison. Est-elle régie par les lois et les conventions adéquates pour nous sentir à l'aise, en sécurité?

Apparemment, non. Nous avons peur. Nous avons peur parce que le règlement en place continue aveuglément à transformer la différence et la peur afférente, en un enjeu majeur pour la construction de la réglementation future de la cohabitation de tous.

Le règlement, en son essence et par définition, serait-il alors une machine infernale, incontrôlable? Non, car nous disposons, en effet, de mécanismes d'orientation et de contrôle qui nous per-

mettent d'influer sur nos conditions de vie et l'organisation de la vie en collectivité. C'est tout le sens de nos valeurs démocratiques. En jetant ces mécanismes aux oubliettes, la peur devient mauvaise conseillère et la sécurité se révèle traïtresse.

A quoi aspirons-nous, en fin de compte? A la sécurité? A la sécurité absolue, inconditionnelle? Qu'en est-il de la notion de risque, des lois?

Est-ce que ces deux notions, la sécurité et le risque, sont compatibles? Est-ce que l'une n'exclue pas l'autre? Comment on répartit les accès à ces deux principes

Diese Seite wird in Zusammenarbeit mit dem „Institut européen de l'insécurité solidaire“ veröffentlicht.

Sie erscheint im Zwei-Wochen-Rhythmus.

d'action au sein de notre communauté mondiale?

A quels niveaux les traite-t-on? Est-ce qu'ils touchent aussi bien la vie relationnelle quotidienne des citoyens, que les agissements des acteurs économiques ou bien comment-ils avant tout les processus décisionnels de la caste des politiques?

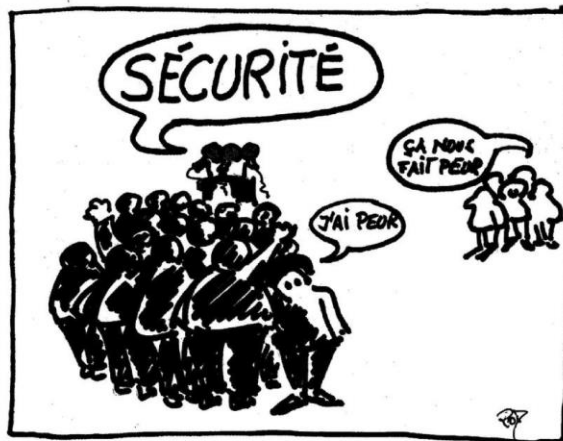
Qu'en est-il de la liberté d'agir, d'entreprendre? Est-ce que l'insécurité et la peur nous privent de cette liberté? Sommes-nous libres ou avons-nous peur?

Peut-on choisir notre manière individuelle d'action? La liberté du choix, n'est-elle pas l'essence même de l'accès aux chances égales pour tous et à une vie sereine en communauté?

Dans cet environnement fantasmagique de l'insécurité et de la peur, devons-nous subir une approche politique de la sécurité ou ne devons-nous pas plutôt revendiquer une approche politique du risque solidaire?

Pouvons-nous concevoir l'idée d'une économie domestique construite sur cette approche politique du risque solidaire, d'une économie solidaire?

-> * Président d'INEES, administrateur délégué d'OPE



Faire évoluer les connaissances et compétences des salariés

La formation continue est indispensable pour tous

Interview avec Mme Anne Da Rin-Jaulin, membre du conseil d'administration de l'INEES* et chargée des questions de ressources humaines dans le réseau OPE.

INEES: Madame Da Rin-Jaulin, quelle importance la formation continue a-t-elle dans notre société d'aujourd'hui?
 Anne Da Rin-Jaulin: "Aujourd'hui nous voyons que les connaissances et technologies évoluent très vite, ce qui signifie que les personnes doivent constamment remettre en question leurs connaissances, leurs savoir-faire et leurs comportements pour pouvoir s'adapter à ces changements."

Ainsi la formation initiale constitue une base essentielle pour les futurs apprentissages. Et ce, pas tant au niveau des connaissances elles-mêmes qui sont datées et nécessitent d'être régulièrement mises à jour mais surtout au niveau de la capacité de l'individu d'apprendre à apprendre; c'est-à-dire à traiter des informations, à intégrer des règles, des méthodes, à être curieux, etc.

C'est pourquoi la formation continue est indispensable pour tous, quel que soit notre niveau de formation initial. Il nous faut acquérir et faire évoluer, tout au long de notre vie, des connaissances et compétences dont nous avons besoin personnellement et professionnellement.

Bien évidemment, étant donné le taux élevé de jeunes sortis très tôt du système scolaire sans qualifications/diplômes dans notre pays, la formation continue est d'autant plus cruciale. Elle constitue une réelle chance d'apprendre à apprendre avec des méthodes pédagogiques adaptées. C'est pourquoi la formation des formateurs et enseignants pour adultes est un élément primordial.



Anne Da Rin-Jaulin

Le grand défi du Luxembourg est de pouvoir proposer aux citoyens et aux entreprises une grande palette de formations continues concernant des compétences clés d'aujourd'hui: la maîtrise des outils informatiques, la communication, la gestion du changement, les langues; ainsi que toutes les autres compétences techniques et professionnelles.

En ce sens, il est très important que l'Etat se dote de moyens légaux, e.a. congé individuel de formation, procédure de validation des acquis de l'expérience et des acquis professionnels (VAE/VAP), qu'il réforme certains cursus de formation initiale obsolètes et augmente l'offre publique de formation continue.

Le réseau associatif OPE est reconnu comme organisme de formation continue par le ministère de l'Education nationale et de la Formation professionnelle et

contribue ainsi à former les salariés du secteur de l'économie solidaire."

INEES: Donc la formation continue doit être partie intégrante du management des ressources humaines de toute entreprise?

A.D.R.-J.: "Absolument, la formation continue est un moyen essentiel pour préserver et développer les connaissances et les compétences des salariés."

Toutes les entreprises, institutions et autres organisations doivent élaborer un système de management des ressources humaines qui favorise l'apprentissage des salariés par différents moyens.

Les possibilités de formation continue et le temps dédié à la formation continue sont aussi des arguments pour attirer et fidéliser les salariés. En effet, dans un monde de plus en plus concurrentiel où les technologies évoluent très vite, les salariés sont de plus en plus conscients qu'il leur faut faire évoluer leurs connaissances et compétences."

INEES: En quoi le management des RH d'une entreprise d'économie solidaire est-il alors différent d'un système RH d'une entreprise privée classique?

A.D.R.-J.: "Tout d'abord dans une entreprise de l'économie solidaire comme le réseau OPE qui s'investit dans le développement local durable, les femmes et les hommes sont au cœur de l'activité."

C'est-à-dire que nous développons des activités qui répondent aux besoins de la population locale en créant des emplois durables.

Notre système de management des ressources est à notre avis très innovant à plusieurs niveaux:

● L'implication d'un ensemble de partenaires dans les processus de management, (bénévoles salariés, responsables, partenaires sociaux, etc.) et pas seulement

une direction générale comme on le voit si souvent.

● Un management qui permet d'attirer, de faire évoluer, de fidéliser, de valoriser les salariés mais également de pérenniser les emplois.

Notre système est fondé sur le principe du développement global de la personne où chacun est encouragé à poursuivre le développement de ses capacités personnelles et professionnelles grâce à de nombreux moyens: la pratique professionnelle, les stages, les séminaires et échanges, les cours pratiques et théoriques, le conseil et l'orientation, les formations certifiantes/diplômantes, le recours à la validation des

acquis professionnels et des acquis de l'expérience (VAE/VAP).

● Une culture d'entreprise pour le bien-être des salariés: encourager l'autonomie dans le travail, favoriser le développement personnel, concilier vie familiale et vie professionnelle, promouvoir activement la sécurité et la santé.

● La formalisation de nombreux processus/outils afin de capitaliser les savoirs et de les mettre à la disposition des différents acteurs du réseau.

Nous voyons que cette stratégie dont un objectif majeur est de permettre aux salariés de se réaliser et de s'épanouir porte ses fruits."

Etendre le cadre d'apprentissage

Du „Lifelong learning“ à la validation des compétences

Ce concept complète le tableau de l'apprentissage tout au long de la vie („Lifelong learning“) en mettant en évidence l'étendue du cadre d'apprentissage. En effet, l'apprentissage peut intervenir dans tous les domaines de notre vie et à n'importe quel moment de celle-ci. Ainsi on apprend de manière agréable dans le cadre de la famille, des loisirs, au sein de la collectivité locale et durant son activité professionnelle quotidienne.

Cette notion renvoie à l'apprentissage par la mise en pratique lors de situations réelles plutôt que par des cours en classe. Dans les réseaux d'économie solidaire, le développement des personnes est une des préoccupations majeures. Une grande importance est accordée à cette notion de cadre d'apprentissage. En effet, non seulement les cadres d'apprentissage sont très variés mais il est très important d'identifier et de reconnaître les connaissances et compétences acquises par chacun dans des cadres différents, personnels comme professionnels.

Ainsi nous sommes forcément amenés à nous interroger sur la question de la reconnaissance et de la validation institutionnelle de connaissances et compétences des employés. Il existe en effet des dispositifs qui permettent aujourd'hui de valider les acquis de l'expérience et les acquis professionnels (VAE/VAP) ce qui est une grande avancée au niveau de la formation.

Toute entreprise et réseau socialement responsable accompagne ses salariés dans l'utilisation de ces nouveaux moyens de validation des connaissances et des compétences et participe à leur promotion.

Symposium in Differdingen



Unterschiede im Personalmanagement

Am Freitag, dem 24. November, fand in Differdingen ein Symposium statt, in dem über die Unterschiede im Personalmanagement zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen einerseits sowie solidarwirtschaftlichen Unternehmen andererseits diskutiert wurde. Über 120 Teilnehmer mit Personalverantwortung aus unterschiedlichen Sektoren haben an der Veranstaltung teilgenommen.

Lebenslanges Lernen als gesellschaftliche Chance

Gelernt ist nicht ausgelernt

Die Politik hat es erkannt: Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand sind eng verknüpft mit dem Bildungsniveau der Bevölkerung. Was wissenschaftliche Studien zeigen, soll nun als staatlich geförderter Ausweg aus der Misere dienen: die Reform des ersten Bildungsweges zur Steigerung der Produktivität des Landes.

Eine sicherlich sinnvolle und lobenswerte Initiative, die auf lange Sicht ihre Früchte tragen wird.

Nur, lange Sicht ist nun mal lang, d.h. mindestens 15-20 Jahre. Was passiert bis dahin? Und insbesondere: Was passiert mit denen, die ihren Bildungsweg bereits hinter sich haben?

Genau hier muss ein gesellschaftliches Umdenken einsetzen. Natürlich sind Schule und Ausbildung, wegweisende Etappen in der Entwicklung eines jeden. Aber nur weil man einmal ein Diplom erhalten hat, heißt dies noch lange nicht, dass man sich bis ans Ende seiner beruflichen Karriere auf den Lorbeeren ausruhen kann. Umkehrschluss: Nur weil man einmal in einer Ausbildung versagt hat, muss man nicht auf immer und ewig auf dem Abschlussschild stehen. Berufliche und persönliche Weiterbildungsmaßnahmen können

sowohl für den einen wie auch den anderen eine Chance darstellen, sich zu entwickeln, sich zu verändern, berufliche Ziele zu erreichen. Auf die persönlichen Bedürfnisse zugeschnitten, können sie Schwächen dämpfen und Stärken fördern, verpasste Schulabschlüsse nachholen lassen und berufliche Neuorientierungen ermöglichen.

Letztendlich sind Fortbildungsmaßnahmen eine Chance für die Gesellschaft, auf mehr Wissen, Wohlstand und Entwicklung (aus rein ökonomischer Sicht), aber vor allem auch auf mehr Zufriedenheit, Solidarität und Gleichberechtigung (aus einer menschlichen Perspektive).

Es gilt, dieses Medium zu fördern und auszubauen, damit jeder hiervon profitieren kann. Und wer weiß, vielleicht würde ein konzentrierter Aktionsplan sogar dafür sorgen, dass sie eher greifen als die Reform des Schulwesens.

* Diese Seite wird in Zusammenarbeit mit dem „Institut européen de l'Economie solidaire“ (INEES) veröffentlicht. Sie erscheint im Zwei-Wochen-Rhythmus.

Economie solidaire

Dr. Karl Birkhölzer, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler

„Ökonomie kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck“

Ein Interview mit Dr. Karl Birkhölzer, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Institut für berufliche Weiterbildung und Arbeitslehre an der TU Berlin. Birkhölzer ist seit 1985 Leiter der interdisziplinären Forschungsgruppe Lokale Ökonomie im Technologie-Netzwerk Berlin e.V.

INES: Herr Birkhölzer, was ist „Ökonomie“?
Karl Birkhölzer: Ökonomie ist die Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen und erwünschten Gütern und Dienstleistungen.
Ihr Ziel ist also die allgemeine Verbesserung des Gemeinwohls, es geht um die Befriedigung von Bedürfnissen, wozu die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital (d.h. nicht nur finanzielles, sondern auch physisches, humanes und soziales Kapital) und Boden sinnhaft miteinander verbunden werden.

Ökonomie beschränkt sich also nicht auf die Rentabilität des eingesetzten Kapitals, worauf sie insbesondere von der Betriebswirtschaftslehre gerne reduziert wird. Sie ist kein Selbstzweck, sondern lediglich Mittel zum Zweck.

Die Ökonomie besteht aus unterschiedlichen Sektoren: der privaten gewinnorientierten Ökonomie, der staatlichen oder öffentlichen Ökonomie, der sozialen oder Gemeinwesenökonomie und nicht zuletzt der informellen oder Schattenökonomie. Diese Formen bestehen gleichzeitig, man kann also nicht sagen, dass es eine bzw. die Wirtschaft gibt. Jeder Sektor trägt seinen Teil zur Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung bei.

INES: Es scheint ja dann so, als ob in der Vergangenheit etwas schief gelaufen ist. Wie kommt es, dass wir heute eine ganz unterschiedliche Sicht von Ökonomie haben als das, was sie uns schildern?

K.B.: „Es ist eigentlich nichts schief gelaufen, sondern es handelt sich hier um die logische Konsequenz des Wachstumszwanges der Kapitalverwertung und damit eines Konzentrationsprozesses von Kapital, der vor

über 150 Jahren begonnen hat. Die klassische Ökonomie war eine Mischökonomie. Der Konsens, der dem System zugrunde lag, nämlich die Aufteilung in profitable Produkt- und Leistungsbringungsunternehmen und nicht profitable Produkt- und Leistungsleistung durch den Staat, dieser wurde von der Privatwirtschaft weitgehend aufgekündigt.“

Aufgrund der mit der Globalisierung verbundenen nahezu exterritorialen Position der großen Unternehmen hat sich die Privatwirtschaft sowohl vom Staat als auch von dem Faktor Arbeit weitgehend emanzipiert, d.h. der Staat ist nicht mehr in der Lage, die erforderliche Kontrolle über die ökonomische Entwicklung auszuüben, die in seinem Gebiet vorstapelt geht. Dieser Prozess scheint unumkehrbar zu sein.

Sich solidarisch organisieren

Logische Alternative: Die Bürger müssen einen Teil der Bedürfnisbefriedigung selbst in die Hand nehmen, indem sie sich solidarisch organisieren und sozial-unternehmerisch tätig werden.

Die Bürger müssen erkennen, dass die klassische Betriebswirtschaftslehre der Gewinnmaximierung nicht die Lösung ist, um alle Bedürfnisse abzudecken



Karl Birkhölzer (Mitte) zusammen mit Eric Lavillunière, Direktionsbeauftragter von INEES (l.), und Romain Biever, INEES-Präsident

bzw. Mängel zu beseitigen. Dies bedeutet letztendlich, dass wir nach wie vor Wachstum benötigen, aber nicht notwendigerweise ein finanzielles, sondern ein Wachstum an Gebrauchswerten, so lange, bis alle Mängel beseitigt bzw. Bedürfnisse befriedigt sind.“

INES: Vom 24. bis 26. November fand in Berlin der Kongress „Solidarische Ökonomie - Wie wollen wir wirtschaften“ mit ca. 1.400 Teilnehmern aus der ganzen Welt statt. Warum wurde dieser Kongress organisiert? Um endlich die einzelnen Akteure der Solidarökonomie zusammenzubringen?

K.B.: „Nein, eigentlich nicht. Es handelt sich nicht in erster Linie um einen Fachkongress. Im Gegenteil sollte eine Brücke ge-

schlagen werden zwischen den Akteuren der Sozialen Solidarischen Ökonomie, den sozialen Bewegungen und allen Bürgern, die daran interessiert sind, die Ökonomie anders zu organisieren, zum Zwecke der allgemeinen Bedürfnisbefriedigung.“

Eines der größten Probleme der Sozialen Solidarischen Ökonomie ist ihre Zersplitterung.

Es gibt bereits sehr viele Initiativen - allein in Deutschland stellt die Soziale Solidarische Ökonomie mindestens 1,9 Mio. (Vollzeit-) Arbeitsplätze -, der Sektor kann also wirklich nicht mehr als Nische bezeichnet werden. Jedoch handelt es sich größtenteils um unverbundene Ansätze, denen die Vernetzung und somit auch die breite Akzeptanz fehlen.

Dies ist zum einen verständ-

lich, da die einzelnen solidarischen Unternehmen entstanden sind, um gegen jeweils ganz spezifische Mängel oder Konflikte vorzugehen. Da liegt eine Kooperation mit anderen Vereinigungen, welchen ein anderes Grundbedürfnis zur Zweckerfüllung zugrunde liegt, nicht unbedingt auf der Hand, aber dies macht leider auch die Schwäche des Sektors aus.

Hierin sehe ich auch die Herausforderung für die kommenden Jahre:
Zunächst eine Bündnisbildung auf territorialer Ebene, verbunden mit einer Art „Mapping“ (Bestandshebung) der sozialen Unternehmen in einem Gebiet, schließlich die Bildung regionaler Konsortien, und ihrer Vernetzung auf nationaler und internationaler Ebene.“

A la défense de Wal-Mart No comment

Thomas J. Dilorenzo - professeur d'économie à l'Université de Loyola (Maryland, USA) - s'exprimait sur le groupe de distribution Wal-Mart (qui développe une politique de produits à très bas prix mais est fort décrié pour ses pratiques sociales „minimalistes“) dans un article du supplément Economie du journal *Le Monde* daté du 21 novembre 2006.

Extrait: „C'est à la mode de s'en prendre à Wal-Mart. La grande majorité des étudiants dans les universités ne connaissent rien aux principes de l'offre et de la demande et considèrent, à tort, qu'une personne soucieuse de morale et d'éthique doit haïr Wal-Mart pour son comportement antisocial. Les critiques de Wal-Mart ne comprennent pas que, tout au long de l'histoire, la compétition économique est le plus grand facteur de progrès. Les défenseurs de l'environnement qui se trompent de cible, (...) et les concurrents de Wal-Mart ont tous intérêt à trouver un „ennemi“ facile. Leurs critiques sont construites sur l'idée fautive qu'il existe une alternative à la compétition économique. Il n'y en a pas.“

Diese Seite wird in Zusammenarbeit mit dem „Institut européen de l'économie solidaire“ (INEES) erstellt. Sie erscheint im Zwei-Wochen-Rhythmus. Wegen der Jahresfeierlage erscheint die nächste Seite „Economie solidaire“ am 10. Januar 2007.

Pekea: un réseau mondial de réflexion

Changer sa manière de voir et de faire

Pekea est une ONG, avec statut consultatif spécial auprès du Conseil économique et social des Nations unies, qui rassemble à la fois des chercheurs de diverses disciplines et des personnes engagées sur le terrain des actions concrètes ainsi que des gouvernements locaux.

Pour Pekea il faut penser autrement les activités économiques et concevoir les moyens pour faire de la terre une planète humaine et solidaire, c'est-à-dire favoriser l'avènement d'une civilisation fraternelle où la coopération est plus importante que la compétition.

Tout part d'un constat: La pauvreté perdure; les inégalités des conditions de vie s'aggravent; le chômage est endémique y compris dans les pays „riches“ où des crises se succèdent depuis plus d'un siècle; des conditions de vie extrêmement difficiles et même la famine demeurent structurelles malgré des remèdes pour le „développement“ appliqués depuis

plus de cinquante ans dans les pays „pauvres“.

La croissance n'a pas réduit les inégalités et a causé la destruction progressive de la nature mettant en péril la survie des générations futures.

Malgré l'existence de l'ONU, nombre de choix décisifs affectant les conditions de vie des plus pauvres a été fait par les plus puissants et les nantis. Le monde n'est pas géré démocratiquement.

Et pourtant, les capacités mondiales de production agricole et industrielle permettent de satisfaire tous les besoins essentiels des habitants de la planète et il serait possible par des transferts adéquats de ressources et des règles modifiées du commerce international que les populations du monde s'auto-suffisent.

Dans chaque pays et pour le monde dans son ensemble, le problème n'est pas tant celui des capacités de production, mais plutôt de savoir quoi et comment produire, comment répartir et

échanger les biens et les ressources et que consommer.

Laisser aux seuls marchés le soin de répondre à ces questions, même à une impasse car les marchés n'ont pas d'éthique et ignorent la délibération politique qui est la seule voie pour effectuer des choix satisfaisants pour les sociétés.

Tout cela n'est pas inéluctable: Chacun, à commencer par les décideurs, doit changer sa manière de voir et de faire.

Chacun doit contribuer au renouvellement de la pensée. Pour Pekea ce renouvellement passe par le réexamen de la demande sociale et des comportements individuels et collectifs, théoriquement et concrètement, au regard de ce qui fait valeur pour les individus et la société dans une perspective humaniste. Il passe aussi par l'examen des processus participatifs de définition des futurs souhaitables et des choix collectifs. Le changement relève donc avant tout d'un choix politique.